

NR 4 – SEPTEMBER 2017 – GRATIS

ST. PAULI
SELBER
MACHEN



Die Stadtteilzeitung

ZENTRALORGAN DES HOCHKOMMISSARIATS DER VEREINIGUNG ZUR
BEWOHNERAKTIVIERUNG UND NACHBARSCHAFTSAUFKLÄRUNG IM AUTONOMEN
GEFAHRENGEBIET & DEN ANGRENZENDEN TERRITORIEN

EDITORIAL — SEITE 3

WIR WURDEN NICHT GEFRAGT, WIR HÄTTEN NEIN GESAGT — SEITE 4-6

Der G20-Gipfel ist eine gesellschaftliche Zäsur – im negativen wie im positiven Sinne. *St. Pauli selber machen* hat die Ereignisse in einem umfassenden Statement aufgearbeitet.

YES, WE CAMP! — SEITE 7

Auf den Grundstücken von Kirchengemeinden wurden während des G20 Protestcamps geduldet. Für Pastor Torsten Morche von der St. Trinitatis Kirche eine erhellende Begegnung mit einer Utopie im Praxistest.

»ICH BIN ENTSETZT!« — SEITE 8-9

Svenja Karlsson, Anwohnerin auf St. Pauli, hat Olaf Scholz einen Brief geschrieben ...

HAMBURG FÜR ALLE! — SEITE 10-11

Die freie Stadt der Zukunft gehört keiner Nation an! Im Arrivati Park wurde Solidarität in Form der *Hamburg Urban Citizenship Card* während des G20-Gipfels konkret.

LEBEN IST MEHR ALS WOHNEN — SEITE 12-13

Die Umgestaltung der Gewerbeschule in der Wohlwillstraße steht zwar noch bevor, doch bereits jetzt wird nach den Bedürfnissen im Stadtteil geforscht.

DURCH DIE HINTERTÜR INS WOLKENKUCKUCKSHEIM — SEITE 14-15

Die Aufstockung des Feldstraßenbunkers ist beschlossene Sache – und sie wurde zielsicher an den Bedürfnissen von Mieter_innen und Anwohner_innen vorbeigeplant.

30 JAHRE ST. PAULI ARCHIV — SEITE 16

Der Wandel des Stadtteils wird seit 30 Jahren vom St. Pauli Archiv dokumentiert und begleitet. *St. Pauli selber machen* gratuliert zum Jubiläum!

HISTORIE WEGGEKLINKERT — SEITE 17

Ein erster Entwurf bestätigt die Befürchtungen der Anwohner_innen: Die Eigentümerin der Schilleroper will das Gebäude offenbar zum gesichtslosen Wohnturm umbauen lassen.

ABGESCHOBEN INS AUS — SEITE 18-19

Im November 2016 wurde ein Spieler des FC Lampedusa St. Pauli festgenommen und ins Gefängnis der Ausländerbehörde gebracht. Eine Trainerin des Vereins erinnert sich an das letzte Treffen vor der Abschiebung.

ST. PAULI SOLIDARISCH — SEITE 20

Die Initiative *St. Pauli Solidarisch* bietet Hilfestellung im Alltag.

WEIßT DU NOCH? — SEITE 21

Ein Bauspielplatz zwischen Vergangenheit und Zukunft.

ST. PAULI, WHERE DO YOU GO? — SEITE 22-23

Beim Sanierungsbeirat konnten sich Anwohner_innen von St. Pauli bisher aktiv in Bauprozesse und Planungen einbringen. Doch nun droht das Ende dieser Form der Partizipation.

IMPRESSUM — SEITE 23

GRAPHIC RECORDINGS — SEITE 24

Eine grafische Dokumentation der Außerordentlichen Stadtteilversammlung vom 20. Juli 2017.



wach im Kölibri verbracht, um jederzeit für diejenigen erreichbar und offen zu sein, die sich von den Erlebnissen auf der Straße erholen mussten, sich neu orientieren wollten

oder einfach einen Ort zum Bleiben für ein paar Stunden brauchten. Wir sind in der Gipfelwoche zusammengewachsen, haben herausfordernde Situationen zusammen bewältigt und werden unsere Erfahrungen in zukünftige Auseinandersetzungen um ein Recht auf Stadt für Alle mitnehmen und weitertragen.» (Kölibri vom 10. Juli 2017)

Eindrücke und Berichte vom G20 aus dem eigenen und anderen Stadtvierteln bestimmen die vorliegende Ausgabe: *St. Pauli selber machen* hat extra ein Statement zum Drucktermin verfasst (Seiten 4-6). Das Titelfoto der Stadtteilzeitung bildet für uns sehr gut ab, was wir nach den Erfahrungen im Juli in unseren Alltag mitnehmen werden: Wir sind unheimlich Viele und sehr unterschiedlich und müssten uns mehr aufeinander beziehen und zusammenstehen. Nur so kommen die Verhältnisse in Bewegung.

Wir haben seitenlange Zuschriften bekommen, wie den Brief an Olaf Scholz von der Mutter auf St. Pauli (Seiten 8-9). Es wurde deutlich, dass noch viel Redebedarf besteht nach dem Juli 2017. Kreative und sinnvolle Ideen für eine solidarische Stadt – während und nach der Gipfelwoche – wurden im Arrivati Park präsentiert (Seiten 10-11). Über G20 hinaus haben wir aber auch andere Themen im Blick behalten: *Wohlville* entwickelt die Idee ihres inklusiven Wohnprojektes weiter und bezieht die Wünsche

von jungen geflüchteten Menschen mit ein. (Seiten 12-13). Ob das wahnsinnige Bauvorhaben an der Feldstraße, die Aufstockung des ehemaligen NS-Flak-, heute Medien-Bunkers mit Eventhalle und Hotel, wirklich durchgeführt wird, hat für Verwirrung gesorgt – vielleicht sollte es das aber auch (Seiten 14-15)?! Es ist auch nicht klar, warum trotz aller Ungereimtheiten kaum öffentliche Empörung wahrnehmbar ist. Anlass zur Freude sind dagegen für uns der runde Geburtstag des St. Pauli Archivs, das die Geschichte und den Charakter unseres besonderen Stadtteils dokumentiert (Seite 16). Besonders ist zum Beispiel eine Initiative wie *St. Pauli solidarisch*, in der gemeinsam Alltagskämpfe bewältigt werden. (Seite 20).

Solidarisch erklären wir uns an dieser Stelle auch mit dem FC Lampedusa St. Pauli, dessen Mittelfeldspieler sich im vergangenen November im Abschiebeknast der Ausländerbehörde wiederfand (Seiten 18-19). Die Abschiebung konnte leider nicht gestoppt werden. Wir sind traurig, wünschen allen Spielern und Coaches viel Kraft und sagen: Abschiebestopp jetzt! Das *Centro Sociale* in der Sternstraße spricht vielen mit seinem Statement vom 19. Juli 2017 aus der Seele:

»Es war schön diese [...] Solidarität zu erleben – und es gibt uns die Zuversicht, dass repressive Maßnahmen hier auch in Zukunft nicht unwiderrprochen hingenommen werden [...]. Die Flora bleibt! Wir bleiben! Alle!«

LIEBE LESER_INNEN,

Das es wieder ein Jahr dauerte, eine Zeitung zusammenzubasteln, haben wir vor allem dem G20-Gipfel im vergangenen Juli zu verdanken. Der bedeutete für Aktive im Stadtteil Flyer für Nachbar_innen herzustellen, Infotische mit Lesematerial durchs Viertel zu tragen, Transparente zu malen und aufzuhängen, öffentlich Tischtennis zu spielen, Leute ins Gespräch zu bringen. Die Zeitungsarbeit musste erst einmal hinten anstehen. Einige Redaktionsmitglieder haben sich selber ins Protestgeschehen eingebracht: Pastor Morche war beeindruckt vom Camp an der St. Trinitatis-Kirche (Seite 7). Und andere wiederum haben das Kölibri am Heinköllisch-Platz, zusammen mit viel Unterstützung aus der Nachbar_innenschaft, zu einem Ort der Erholung, Information und Vernetzung gemacht:

»Junge wie alte Menschen [...], die mal wieder aktiv werden wollten haben sich Zeit genommen, Getränke ausgegeben, Essen gekocht, Informationen gesammelt, ausgetauscht und weitergegeben. Manches war geplant, vieles ist spontan entstanden. Es ist gelungen, St. Paulianer_innen mit angereisten Menschen aus aller Welt zusammenzubringen. Wir haben vielen Aktivist_innen helfen können, einen Platz zum Schlafen in der Stadt zu finden. Haben selbst die Nacht über

Wir wurden nicht gefragt, wir hätten Nein gesagt!

DER G20-GIPFEL IST FÜR UNS - IM NEGATIVEN WIE POSITIVEN SINNE - EINE GESELLSCHAFTLICHE ZÄSUR. LEICHT ABSCHÜTTELN LASSEN SICH DIE ERFAHRUNGEN AUS DER GIPFELWOCHE UND IHRE FOLGEN NICHT.

TEXT: ST. PAULI SELBER MACHEN
FOTOS: JÉROME GERULL

Als Gruppe von stadtpolitisch aktiven Anwohner_innen haben wir umfassende Einschränkungen des alltäglichen Lebens ebenso erlebt wie brutale Polizeirepression. Uns erschrecken der massive Abbau demokratischer Grundrechte und die momentanen Tendenzen hin zu einem autoritären Staat. Viele von uns hätten dies in der Art nicht für möglich gehalten. Gleichzeitig haben wir aber auch den vielfältigen Protest und die große Solidarität und Hilfsbereitschaft in unserer Nachbarschaft erlebt. Gerade dies lässt uns auch gestärkt aus den vergangenen Erfahrungen hervorgehen.

FESTIVAL DER REPRESSION

Schon Monate vor dem Gipfel begann der Belagerungszustand in der Stadt. Die Messhallen wurden ab März rund um die Uhr bewacht, es kam täglich zu Hubschrauber-einsätzen und zusätzliche Überwachungskameras wurden installiert. Erste selbstgezeichnete Transparente machten eine empörte Grundstimmung gegen diese Militarisierung der Stadt deutlich: »Nein, wir haben kein Verständnis!«, »Ausnahmezustand!« oder »Freiheit stirbt mit Sicherheit!«. Dann wurde es ernst: Obdachlosen wurde nahe gelegt, die Innenstadt zu verlassen. Eine Allgemeinverfügung der Polizei über eine 38 Quadratkilometer große Demo-Verbotzone setzte das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit außer Kraft – ein Novum für eine deutsche Großstadt. Um Protestcamps und andere Übernachtungsmöglichkeiten für Aktivist_innen wurde monatelang gerungen. Obwohl ein Ver-



Dass sich die Stadt im Belagerungszustand befand, konnten viele Anwohner_innen mit eigenen Ohren sehen und hören, Tag und Nacht.

waltungsgericht ausdrücklich Schlaf- und Küchenzelte erlaubte, wurde das Camp in Entenwerder von der Polizei brutal angegriffen und geräumt. Der Alte Elbtunnel und große Teile der Stadt wurden gesperrt und die Bewegungsfreiheit aller Hamburger_innen massiv eingeschränkt. Wir wurden von der Polizei wahllos kontrolliert, gefilmt, weggeräumt, ausgeschlossen, schikaniert, belogen und angegriffen. Nachbar_innen und Freund_innen kehrten mit teils schweren Verletzungen von Protestaktionen zurück. Das »Festival der Demokratie« (Andy Grote) erlebten wir auf der Straße als »Festival der Repression«. Gefährdungen von Leib und Leben nahm die Polizei fahrlässig in Kauf. Angesichts der erlebten Brutalität stellt die Aussage, Polizeigewalt habe es nicht gegeben (Olaf Scholz), eine unfassbare Verharmlosung und Verleugnung dar. Verantwortliche wie Olaf Scholz, Andy Grote und Hartmut Dudde mussten bisher keinerlei Konsequenzen tragen, denn eine unabhängige Aufklärung über die Ereignisse und staatliches Fehlverhalten ist nicht vorgesehen. Stattdessen findet eine Kriminalisierung all derjenigen statt, die im Umfeld der Gipfelproteste aktiv waren: Linke Strukturen werden pauschal kriminalisiert, besonders deutlich

sichtbar an den Forderungen, Zentren wie die Rote Flora zu schließen. Mehr als 30 G20-Gegner_innen sind noch unter zum Teil absurden Gründen wie »vermuteter Szenezugehörigkeit« in Untersuchungshaft. Von unverhältnismäßiger Härte und politischer Motivation zeugen auch die ersten Urteile. Angesichts dessen sprechen viele von uns von einem Verlust ihres Vertrauens in den Rechtsstaat und von der *Unfreien und Polizeistadt Hamburg*, andere sehen sich in ihrer ablehnenden Haltung zum bürgerlichen Rechtsstaat bestätigt.

VIelfältiger Protest

Das Vorhaben, den G20-Gipfel mitten in Hamburg stattfinden zu lassen, stellte für uns von Anfang an eine Provokation dar. Die G20-Staaten sind weltweit an Kriegen beteiligt und verantwortlich für Ausbeutung, Diskriminierung und Umweltzerstörung. Breiter Protest war zu erwarten. Schon lange im Voraus fanden in Hamburg Treffen, Aktionskonferenzen und Stadtteilversammlungen mit mehreren hundert Menschen statt, auf denen der Gipfel kritisiert und der Protest vorberei-

tet wurde. 20 Orte und Zentren organisierten Räume, in denen sich anreisende Aktivist_innen informieren und erholen konnten. Camps wurden organisiert. In Räume des FC St. Pauli zog das alternative Medienzentrum FCMC als Zentrum der Gegenöffentlichkeit ein. Unzählige Menschen planten Versammlungen, Demonstrationen, Blockaden und kreative Protestaktionen. Rechtsbeistand, Sanitäter_innen, Out-of-Action-Gruppen, Küchen für alle und eine Unterstützung von Gefangenen und Repressionsopfern waren Teil der Vorbereitungen. Frühzeitig wurde überregional mobilisiert. Die Ablehnung gegen die Politik der G20 und Hamburg als Austragungsort des Gipfels war in den Stadtteilen rund um die Messe schon Monate im Vorfeld nicht zu übersehen. Anfang Juli befanden sich an vielen Hauswänden nun auch Banner mit Willkommensgrüßen an die Demonstrierenden und Kampfansagen gegen Kapitalismus und den Gipfel.

Bereits zwei Wochen vor dem Gipfel fand eine Demonstration von Geflüchteten gegen die Abschottungspolitik der G20 statt. Nach Hausdurchsuchungen und Campverboten kam es wenige Tage später zu einer spektrenübergreifenden Demo gegen die staatliche Repression. Und so sollte es sich die ganze Woche fortsetzen.

1000 Gestalten verdeutlichten mit einer Kunstaktion das Elend des Kapitalismus. Richtig viele, deutlich mehr als erwartet, waren wir ab dem politischen Massencorn am Dienstag. Zum *Lieber-tanz-ich-als-G20-Rave* und der *Welcome-To-Hell-Demo* kamen jeweils gut 20.000 Menschen zusammen. Selbst nach den heftigen Angriffen durch die Polizei am Donnerstagabend demonstrierten so viele Menschen gemeinsam und eigensinnig bis spät in die Nacht, dass wir ab diesem Zeitpunkt den Belagerungszustand praktisch aufgebrochen hatten. Die Blockaden am Freitag waren durch die hohe Beteiligung sehr erfolgreich und auf der großen *Grenzenlose-Solidarität-Demo* kamen so viele Menschen zusammen wie seit Jahrzehnten nicht mehr in Hamburg. Die Menge der Menschen und ihre Entschlossenheit, trotz der staatlichen Repression widerständig zu bleiben, war beeindruckend. Aber es war nicht nur die Quantität, die die Proteste so besonders machte, sondern auch ihre Qualität: Vierorts wurde sich solidarisch aufeinander bezogen. Menschen, die hier wohnen, leben und arbeiten, und die, die extra ange-

reist waren, machten eigene und kollektive Erfahrungen, nahmen sich Straßen und Plätze, sagten ihre Meinung, diskutierten und stellten sich quer, tanzten zusammen, protestierten und hörten sich gegenseitig zu. Unsere Erfahrungen waren vielfältig: bunt und schwarz, laut und leise, global und lokal.

DIE ROLLE DER MEDIEN / BERICHTERSTATTUNG

Auf der medialen Bühne sind jedoch vorrangig Themen diskutiert worden, die

eindeutigen Beweise vorgelegt wurden. Das erinnert stark an die Lügen im Fall der unter Dudde gestoppten Demo und des angeblichen »Angriffs auf die Davidwache« im Dezember 2013.

Über die Solidarisierung von Anwohner_innen mit Gipfelgegner_innen wurde kaum berichtet. Stattdessen dominierten austauschbare Bilder von brennenden Barrikaden, ohne auf die Gründe und Inhalte militanter und gewaltförmiger Proteste einzugehen. Auch wir Anwohner_innen sind uns durchaus nicht einig darüber, wie mit diesen Bildern und den eigenen



mit unseren Erfahrungen wenig zu tun haben: »Chaoten-Camps« oder »Bürgerkriegsszenarien« haben wir nicht erlebt. Eine pauschalisierte Gleichsetzung von Gipfelgegner_innen mit Chaot_innen und Polizist_innen mit Held_innen entspricht nicht unserer Wahrnehmung. Häufig sind Menschen zu Wort gekommen, die nicht am Ort des Geschehens waren. Von der Polizei wurden Meldungen in Umlauf gebracht, die ungefiltert in die Live-Fernsehsendungen und Tageszeitungen aufgenommen und von dort bis an die Stammtische weiter getragen wurden.

So wurde beispielsweise behauptet, dass es einen organisierten Hinterhalt im Schanzenviertel oder massiven Flaschenwurf im Rondenberg gab, obwohl dafür keine



Erlebnissen – auch bezüglich der Riots in der Schanze in der Nacht auf den 8. Juli – umzugehen ist und befinden uns noch im Prozess der Aufarbeitung. Denn satt haben wir vor allem die undifferenzierte Berichterstattung über uns, den Stadtteil, den Gipfel und die Proteste.

SOLIDARITÄT IM STADTTEIL

Mut gemacht hat es, dass am 20. Juli über 1.000 Menschen für einen offenen Austausch zur Stadtteilversammlung gekommen sind, um über unterschiedliche Erfahrungen und Sichtweisen zu den Protesten und der Polizeigewalt zu reden. Gemeinsam wollen wir das Geschehene nicht einfach so hinnehmen. Vom G20-Sonderausschuss erwarten wir nicht viel. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss hätte weitere Befugnisse, die Linke allein kann ihn aber nicht ins Leben rufen. So bleibt nur die Organisation eines außerparlamentarischen Untersuchungsausschusses, der frei von parteipolitischen Interessen arbeitet. An dessen Vorbereitung und Durchführung werden wir uns beteiligen. Wir wissen, was wir erlebt haben und werden unsere Geschichten weitererzählen. Das Gedächtnis des Stadtteils ist nachhaltig und wird die kurzen Amtszeiten von Bürgermeister_innen, Polizeiführungen

und Senator_innen überleben. Wir haben uns verändert und unser Stadtteil hat sich auch verändert. Doch neben der Wut, die viele von uns empfinden, bleibt in der Erinnerung an den Gipfel auch Hoffnung: Gegen den repressiven Belagerungszustand haben wir uns selbst organisiert. »St. Pauli selber machen« war Programm. Wie stark der Zusammenhalt von Anwohner_innen und Aktivist_innen ist, hat uns eindrücklich die breite Solidarität mit der Roten Flora auf der Stadtteilversammlung am 20. Juli gezeigt. »Flora bleibt!«, das steht für uns fest. Aber auch die anderen kulturellen und politischen Zentren in der ganzen Stadt müssen fortbestehen, ja es braucht mehr von solchen Orten. In ihnen haben wir eine intensive und Mut machende Nachbarschaft erfahren. Wir werden uns dafür einsetzen, diese erlebte Kultur der Solidarität und des »Selbermachens« zu verbreiten und zur Grundlage der Stadt der Zukunft zu machen.



Beim Massencornern und Rave-Zauber haben sich Tausende auf den Straßen versammelt und so den Belagerungszustand aufgebrochen.

IN DEN VOM GIPFEL BETROFFENEN WOHNGEBIETEN SIEHT MAN NOCH KEINEN ANLASS, ZUR TAGESORDNUNG ÜBERZUGEHEN. ES WIRD AUFGERUFEN ZUM BREITEN AUSTAUSCH MITEINANDER, ZUR SOLIDARITÄT MIT GEFANGENEN UND MIT DEN LINKEN ZENTREN, DIE IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2017 ZUR ZIELSCHEIBE WURDEN.

SPENDENKONTEN FÜR DIE VERFAHREN:
 ROTE HILFE E.V.
 STICHWORT G20
 IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
 BIC: NOLADE21GOE
 SPARKASSE GÖTTINGEN

INFORMATIONEN ÜBER PROZESSTERMINE, KNASTKUNDGEBUNGEN UND VERANSTALTUNGEN DER KAMPAGNE »UNITED WE STAND« UNTER:
UNITEDWESTAND.BLACKBLOGS.ORG/
UNITEDWESTAND@NADIR.ORG

Yes, we camp!

AUF DEN GRUNDSTÜCKEN VON KIRCHENGEMEINDEN WURDEN WÄHREND DES G20 PROTESTCAMPS GEDULDET. FÜR PASTOR TORSTEN MORCHE VON DER ST. TRINITATIS KIRCHE EINE ERHELLENDE BEGEGNUNG MIT EINER UTOPIE IM PRAXISTEST.

TEXT: TORSTEN MORCHE, PASTOR VON ST. TRINITATIS - KIRCHE AM FISCHMARKT
 FOTOS: JÉRÔME GERULL



Die Zelte um die Kirche St. Trinitatis waren ein Hingucker. Über 100 waren es in Spitzenzeiten, 350 Menschen beherbergten sie; zusammen mit Küchenzelt, Sani-Zelt, selbstgebaute Toiletten und Waschanlagen eine beeindruckende Infrastruktur für mich, den Pastor dieser Gemeinde. Aber die 350 Menschen waren kaum zu hören. Nur die Durchsagen über Lautsprecher drangen manchmal bis in mein Büro. Sie forderten Camp-Bewohner_innen zur Mithilfe in dieser und jener Angelegenheit auf und luden zu Zusammenkünften ein. Und als am Montag alle weg waren, war außer platt gedrücktem Rasen auch nichts mehr zu sehen. Selbst die Kippen, die sie gar nicht hatten fallen gelassen, waren weggesammelt. Tourist_innen und manche Hundebesitzer_innen sind da ganz anders. Seit dem Mittwoch der G20-Woche hatte die Gemeinde St. Trinitatis das Protestcamp geduldet und die Menschen als Gäste behandelt. Ich hätte mir weitaus unsympathischere vorstellen können. Aber diese waren freundlich, fröhlich und höflich. Wir hatten als Kirchengemeinde ja durchaus Bedenken, was für Leute wir da eventuell auf den Platz lassen: linke Chaoten oder welche vom Schwarzen Block? Man weiß es ja nie. Aber mich würde es sehr wundern, wenn rauskäme, dass solche bei uns untergekröchen sind.

Durch einen Brief, den ich später bekam, löste sich diese Befürchtung letztlich in Luft auf. Er öffnete mir nämlich die Augen über die Hintergründe dieser für mich so besonderen Atmosphäre in den G20-Tagen um die Kirche herum: Denn während in

den Messehallen Machtfülle und in der Schanze nackte Gewalt zelebriert wurden, lief bei uns ein soziales Selbstexperiment. Die Schreiberin bedankt sich in ihrem Brief für unsere Gastfreundschaft und fährt fort: »... wie wir über die Zeit dort gemeinsam gelebt haben, spiegelt nämlich einen Teil dessen wider, wie wir uns ein gutes Miteinander vorstellen – sozusagen ein Stück Utopie in der Praxis. Diese Idee beruht grundsätzlich auf einem gleichbe-



Oben: Vom Kirchturm aus bot sich ein guter Blick auf die zeltenden Menschen.
 Unten: Die Grundregeln des Camps wurden für alle sichtbar an die Kirchenwand geheftet – und eingehalten.

rechtigten gemeinsamen Leben in einem diskriminierungsfreien Raum, in dem alle aufeinander achten und ein Stück gemeinsamer Verantwortung und damit in Verbindung stehende Aufgaben übernehmen.« Ich erfahre etwas von der durchdachten Kommunikationsstruktur des Camps, den Instrumenten der Selbststeuerung und der Stressbewältigung. Am Ende schreibt sie: »Fest steht für mich, dass es eine sehr gute Zeit für mich auf dem Camp war und dass

ich voll von Erfahrungen zurückgekehrt bin ...« Von den Erfahrungen der Briefschreiberin wird leider kaum jemand etwas hören. Ich gehe davon aus, dass 350 Menschen ähnlich empfinden wie sie, aber die großen Medien haben sich in die Randalierer in der Schanze verguckt und jede Menge Bilder von ihnen in die Welt hinausgeschickt. Die weiß nun, dass in den Tagen des G20 die Schanze gebrannt hat, aber nichts über ernsthafte Versuche, gewaltfreie Lebensformen in der Praxis zu erproben und alltagstaugliche Erfahrungen zu sammeln, die in die Tiefe wirken, Herzen verändern und Sprache abrüsten. Mir und der Kirchengemeinde St. Trinitatis ist viel gedankt worden für den Mut und die Entschlossenheit, das Camp zu dulden. Ich danke nun denen, die ihr Experiment auf unserer Wiese durchgeführt haben, für ihren Mut, ihren Ernst und ihre Unverdrossenheit. Denn ich kann sagen, ich war dabei, als etwas von unserer Zukunft aufblitzte. Und damit die Bilder der Gewalt nicht das letzte Wort haben, werde ich davon erzählen, so viel ich kann.

Ich bin entsetzt!



HAT EIGENTLICH JEMAND OLAF SCHOLZ GEGLAUBT, DASS WIR AM SONNTAG NACH G20 EINANDER FRAGEN WERDEN: WAR'S DAS SCHON? DIE SCHLIMMSTEN ERWARTUNGEN WURDEN ÜBERTROFFEN UND ES TRAF ALLE: JUNGE UND ALTE, KINDER UND ELTERN, AKTIVIST_INNEN UND ANWOHNER_INNEN. TAGELANG. EINE MUTTER VON ST. PAULI HAT DAS BLANKE ENTSETZEN ERGRIFFEN UND SCHRIEB EINEN BRIEF AN DEN ERSTEN BÜRGERMEISTER.

TEXT: SVENJA KARLSSON
ILLUSTRATIONEN: LAURA GUSE

Liebe Politik,
lieber Olaf!

Ich wohne auf St. Pauli, bin seit sieben Jahren Mutter. Meine Straße hat in den letzten Tagen viel erlebt. Ich habe deshalb meine Chance genutzt, am Neuen Pferdemarkt bei der Polizei vorzusprechen, damit mir möglicherweise einmal jemand zuhört. Als ich vor dem Polizisten stand, war das Erste, was ich sagte: »Ich bin entsetzt!« Damit ist eigentlich bereits alles gesagt, aber das Gespräch, was Anlass für dieses Schreiben gab, machte mir klar, dass es sich lohnen könnte, diesen Ausruf näher zu erklären:

Ich bin entsetzt über das, was hier in Hamburg in den letzten Tagen passiert ist. Ich bin entsetzt über das Maß an Gewalt, was immer mehr Menschen, selbst dieje-

nigen mit eigentlich sozialen Idealen, bereit sind, in Kauf zu nehmen.

Ich bin entsetzt, dass ich nicht gefragt wurde, ob G20 kommen soll, denn ich hätte »Nein!« gesagt, um Schlimmeres zu verhindern. Unter den Menschen gibt es immer solche und solche. Das betrifft sowohl Demonstranten, die für soziale Gerechtigkeit eintreten als auch soziale Berufe wie die Polizei.

Ich bin entsetzt, welchen Strapazen wir, die weder Polizei noch Demonstranten sind, ausgesetzt wurden, damit G20 kommen kann. Für uns hätte der Gipfel woanders stattfinden müssen. Für uns, die wir in dieser Stadt leben, zur Arbeit müssen, Omi in der Seniorenanlage besuchen und unsere Kinder in die Schule bringen.

Ich bin entsetzt, weil ich lieber mit meinem Kind demonstrieren gegangen wäre und meinen Protest ausgedrückt hätte, aber ich habe mich dafür nicht sicher genug gefühlt und dort, wo ich wohne, konnte ich auch nicht bleiben.

Ich bin entsetzt, dass Menschen das Gefühl haben, sich nur noch mittels Gewalt Gehör verschaffen zu können, denn dass solche Werte des Zusammenlebens immer mehr infrage gestellt werden, ist inakzeptabel. Ich bin gegen die Schließung der Roten Flora, weil ich entsetzt bin, dass Menschen nicht mehr das Gefühl haben, gehört und in ihren Ansichten respektiert zu werden, sodass Gewalt billigend in Kauf genommen wird. Hätten die Menschen das Gefühl, ihre Meinung äußern und bezüglich Recht und Gesetz mitreden zu können, wäre so etwas nicht passiert und würde auch nicht passieren. Und nebenbei, liebe Politik – Was macht ihr eigentlich, wenn euch die politischen Entscheidungen eines Landes nicht passen? Für immer friedlich Konflikte ausdiskutieren?!

Ich bin entsetzt, mit welcher Panik ich meine Sachen gepackt und meine Wohnung verlassen habe, weil ich allein wegen des Lärms hier nicht mehr wusste, ob ich in meiner Wohnung eigentlich sicher bin.

Ich bin entsetzt über meinen eigenen Ausruf, als ich auf meinem Fluchtweg am Freitagmorgen, ungünstigerweise in Richtung Hamburgs Westen, an einem zerstörten Immobilienbüro vorbeikam und mir »Na da hat's ja endlich mal die Richtigen getroffen!« herausrutschte, weil die Fenster der Kita gegenüber heil geblieben waren.

Ich bin entsetzt, dass mir als überlegtem und friedlichem Menschen so ein Ausruf über die Lippen kommt, da Gewalt niemals eine Lösung sein kann und darum immer das allerletzte Mittel sein sollte. Wenn be-

sonnene Menschen wie ich zu solchen Ausrufen kommen, zeigt dies, dass die Politik, die die Gesetze macht, die unseren handlungsleitenden Werten entsprechen sollten, in die völlig falsche Richtung geht, weil es zeigt, dass ich die Emotionen, die hinter dieser Gewalt stehen, nachvollziehen kann. Auch ich werde sozial immer stärker gefordert und belastet, besonders, seit ich mich für ein Kind entschieden habe, was mir die Größe der Emotionen der letzten Tage erklärt.

Liebe Politik, lieber Olaf, was ist also mit denen, die nicht so überlegt handeln können? Was ist mit denen, die ihre Emotionen nicht so kontrolliert ausdrücken können? Es ist nicht richtig, dass Gewalt das Mittel der Wahl ist.

Ich bin entsetzt, dass sogar Menschen angegriffen werden. Es ist aber auch nicht richtig, dass bestimmte Stadtviertel inzwischen voll von Luxuswohnungen, Designern, Agenturen, großen Ketten und »hippen« Läden mit unbezahlbarer Kleidung sind, die sich keiner von denen, die eigentlich dort wohnen, leisten kann.

Ich bin entsetzt, dass diese Menschen einfach gehen müssen; wohin weiß keiner, denn teuer ist inzwischen alles überall und keiner, der die Mittel dazu hätte, ändert das.

Ich bin entsetzt, dass sogar Ladenketten bei bestimmten Läden in bestimmten Vierteln ihre Labels ändern, um zu kaschieren, dass sie kein Einzelhandel sind, damit sie noch »hipper« sind.

Ich bin entsetzt, dass diese Menschen über Mittel verfügen, die sie einsetzen können, wo anderen nur verabscheuungswürdige Gewalt übrig bleibt.

Ich bin entsetzt über die Aspekte, die aktuell politisch diskutiert werden, denn wir haben große Probleme in Hamburg, die immer mehr Menschen betreffen und ein solches Ausmaß an Gewalt für zukünftige Ereignisse wahrscheinlicher werden lassen.

Ich bin entsetzt über Deine Reaktion, Olaf, auf die entgegengebrachten Vorwürfe, nicht in erster Linie Deine Bürger, sondern die Politiker verteidigt zu haben.

Ich möchte, dass Du Deinen Bürgern Deinen Rücktritt anbietest – aus Respekt, denn ich bin der Meinung, dass sich gute Politik durch Lebensnähe auszeichnet, was ich schwer vermisste. Wenn Dein Auto brennt, dann kaufst Du Dir einfach ein neues. Wenn Deine Wohnung zu klein ist, dann suchst Du Dir eine neue aus. Da, wo Du möchtest und so, wie Du sie möchtest. Und als hier draußen Krieg war, hast Du klassische Musik gehört. Du solltest Dich daher definitiv entschuldigen und Deine Betroffenheit ausdrücken, aber nicht erzählen, Du wüsstest, wie es uns hier geht.

Ich bin entsetzt, dass ich mit einem Museumsbesuch an einem Tag abgespeist werde, an dem ich, genau wie die meisten anderen Hamburger, nicht teilnehmen konnte, weil wir entweder aus Hamburg geflüchtet waren oder die Schanze aufgeräumt haben.

Ich bin entsetzt, Olaf, dass Du Deinen Bürgern keine angemessene Entschädigung stellst, wie mindestens für unsere Reisekosten aufzukommen. Die Museen könnten zumindest dann geöffnet haben, wenn wir auch hingehen können!

Ich bin entsetzt, dass niemand die richtigen Fragen stellt.

Ich bin entsetzt, dass man Generationen damit abspeist, dass für soziale Gerechtigkeit kein Geld da ist.

Und ich bin auch entsetzt über die ewigen Mundtotmacher, die sagen: »Ja, hier in Deutschland geht es uns ja so gut, denk doch mal an woanders auf der Welt!« Vergleichen mit dem Lebensstandard anderer Länder mag das sein, aber verglichen mit dem, was an Ressourcen hier in Deutschland zur Verfügung steht, ist das, was von den Verantwortlichen daraus gemacht wird, eine Katastrophe.

Ich bin entsetzt, dass sich mein Sohn über seine kaputte Schule beklagt, genau wie ich als die Generation vor ihm und genau wie die Generation davor übrigens auch. Ich glaube nicht, dass man Generationen so abspeisen kann und sich dann über Gewalt aufregen kann.

Ich bin entsetzt, dass ich nicht angemessen behandelt werde, wenn ich zum Arzt gehe.

Ich bin entsetzt, dass ich einen Kinderzuschlag bekomme, den meine Krankenkasse mir als Einkommen anrechnet.

Ich bin entsetzt, dass ich Vollzeit arbeite und meinem Kind trotzdem nur gebrauchte Weihnachtsgeschenke im Internet kaufen kann.

Ich bin entsetzt, dass ich mein Baby nicht selbst betreuen konnte, sondern in eine Einrichtung geben musste, weil wir ohne mein Gehalt nicht hätten überleben können.

Ich bin entsetzt, weil ich glaube, dass es nicht richtig ist, immer mehr Menschen

an den Rand der Existenz zu drängen und über Generationen hinweg damit weiterzumachen.

Ich bin entsetzt, dass Ihr, liebe Politik, die Menschen so wütend macht.

Ich bin entsetzt, dass durch diese Wut immer mehr Menschen das Gespür dafür

verlieren, wenn man auch mal Regeln brechen kann, ohne dass gleich ernsthafter Schaden mit drastischen Konsequenzen entsteht. Das Gespür dafür geht den Menschen aber verloren, weil sie immer stärker belastet werden. Das Gespür geht aber auch verloren, weil von denjenigen, die die Gesetze machen, die unsere Werte des Zusammenlebens repräsentieren sollen, keiner mit gutem Beispiel vorangeht und Verantwortung übernimmt.

Bitte, liebe Politik, bitte, Olaf, übernimmt Verantwortung für unsere Probleme, damit sich so etwas nicht wiederholt.

Bitte, liebe Politik, bitte, Olaf, steht für soziale Gerechtigkeit ein, die für immer weniger Menschen greift und was zu zunehmendem Hass und zu zunehmender Gewalt führt.

Bitte liebe Politik, steht für Hamburg ein, bitte Olaf, steh für Deine Bürger ein, denn die meisten brauchen dringend mehr soziale Gerechtigkeit.

Deine Mutter
auf St. Pauli



ERGÄNZUNG: AUF IHREN BRIEF BEKAM SVENJA KARLSSON SOGAR EINE RÜCKMELDUNG – IN FORM EINES DREISEITIGEN ANTWORTSCHREIBENS, DAS EIN MITARBEITER VON OLAF SCHOLZ VERFASST HATTE. DAS ENTHIELT ZWAR KEINE ZUFRIEDENSTELLENDEN ERKLÄRUNGEN ODER ANTWORTEN, DAFÜR ABER JEDE MENGE WAHLWERBUNG.

Hamburg für Alle!

IM ARRIVATI PARK WURDE SOLIDARITÄT WÄHREND DES G20-GIPFELS KONKRET: BÜRGER_INNEN KONNTEN SICH HIER NÄMLICH ERSTMALS DIE HAMBURG URBAN CITIZENSHIP CARD AUSSTELLEN LASSEN, DIE FORMAL DIE ZUGEHÖRIGKEIT ZUM WOHNORT ERKLÄRT, EGAL WELCHER NATIONALITÄT JEMAND ANGEHÖRT. STELLT SICH DIE FRAGE: ENTSPRECHEN UNSERE PAPIERE EIGENTLICH NOCH DER REALITÄT ODER MUSS MAN DIE PAPIERE DER REALITÄT ANPASSEN?

TEXT: LAURA GUSE
FOTOS: FRANK EGEL, MARILY STROUX

Wir befinden uns in Hamburg, wo die Task-Force täglich in St. Pauli und St. Georg einreitet, um Schwarze Menschen zu kontrollieren, weil sie sich auf der Straße aufhalten. Wo Menschen, die eine Flucht überlebt haben, in Baumärkten untergebracht wurden. Wo man immer noch kein ernstzunehmendes Konzept hat für Migration. In einer der reichsten Städte Europas, die überfordert ist mit der Not- und Folgeversorgung von Menschen, die hier neu ankommen. Es ist unübersehbar, dass Europas Rechtsruck auch Einzug in den Hamburger Senat hält: Es werden Abschiebungen gegen den Willen der Betroffenen und gegen den Widerstand von Teilen der Bevölkerung durchgeführt. Es gilt die Residenzpflicht und Lagerunterbringung, Familien wird der Nachzug verweigert, viele erhalten über Jahre hinweg nur einen Aufenthaltsstatus als Geduldete, die Bewegungsfreiheit ist dadurch erheblich eingeschränkt, Kontrollen werden gefürchtet. In Fuhlsbüttel wurde ein Abschiebeknast eingerichtet (der jährlich über eine Million Euro verschlingt, obwohl er so gut wie leer steht), ein junger Mann aus Gambia kam im Februar 2016 in Untersuchungshaft ums Leben. Die Lage ist sehr prekär und bisweilen sogar lebensgefährlich für die Arrivati, zu Deutsch: »die Ankommenden«

WIR STECKEN IN EINER MIGRATIONSPOLITISCHEN SACKGASSE

»Wir sind nicht vor dem Bürgerkrieg geflohen, damit wir auf Europas Straßen sterben«, stand auf einem Transparent am Protestzelt, das die Gruppe *Lampedusa in Hamburg* 2013 am Hauptbahnhof aufstellte, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Leider hat sie sich bis heute nicht

deutlich verbessert. Viele Mitmenschen in Hamburg betrachten dies mit Sorge, Zehntausende haben schon für Bleiberecht demonstriert, Unterschriften gesammelt, Lebensmittel, Kleidung und Geld gespendet, Deutschunterricht und Rechtsberatung angeboten, das Thema in die Uni, in die Kita oder ins Stadion getragen – doch bisher geht Hamburgs Regierung wenig bis gar nicht auf Forderungen ein. Hamburgs liberales Konzept von Bürger_innenschaft (englisch: »citizenship«) ist, wie Olaf Scholz immer wieder gern hervorhebt, an den Territorialstaat gebunden: soziale und politische Rechte stehen einer_m nur im »eigenen« Land zu. Doch man muss *citizenship* nicht zwangsläufig als ortsgebundenen Status begreifen, sondern kann es auch als Praxis auffassen (englisch: »acts of citizenship«). Rosa Parks, die als erste Schwarze nicht mehr hinten im Bus Platz nahm und damit Proteste auslöste, die in die US-amerikanische schwarze Bürgerrechtsbewegung mündeten, nannte diese Praxis *Recht auf das Recht*. Nach jahrzehntelangem Druck von oben, wird der Druck von unten stärker und bricht sich Bahn. Die Dinge müssen in Bewegung geraten, wenn man einen Ausweg aus der nationalen migrations-



politischen Sackgasse finden möchte. Vielen Alt- und Neuhamburger_innen ist dies ein dringendes Anliegen. Ein gutes Vorbild liefern die Vereinigten Staaten: Es gibt hier seit den 1980er Jahren die Städte der Zuflucht (englisch: »sanctuary cities«), in denen all diejenigen geschützt werden, die bereits anwesend sind. Der organisierte Zusammenschluss der Zivilgesellschaft mit dem (Stadt-)Staat führte zu der Idee vom städtischen Personalausweis. 2015 führte New Yorks Bürgermeister Bill de Blasio die *IDNYC* ein. Eine Karte, die formal die Zugehörigkeit zum Wohnort erklärt (englisch: »Urban Citizenship«), ohne dass der Aufenthaltsstatus eine Rolle spielt. Durch diesen Ausweis haben die Inhaber_innen Zugang zu städtischen Diensten (wie Stadtbibliotheken, öffentliche Verkehrsmittel), können ein Bankkonto einrichten, die Anmeldung bei der Schule vornehmen, einen Mietvertrag abschließen, kulturelle Teilhabe erfahren, haben Zugang zum Gesundheitssystem und sie sind geschützt vor willkürlicher Ingewahrsamnahme durch die Polizei. Jede_r zehnte New Yorker nutzt diese Karte, denn sie bringt nicht nur den Ankommenden Vorteile. Zusammen mit Geflüchteten, Nichtregierungs- und Hilfsorganisationen (*Watch The Med* und *Sea-Watch*), Politgruppen, Gewerbetreibenden und Nachbar_innen hat die 2009 in Hamburg gegründete soziale Bewegung *Recht auf Stadt* den um-

Karte erhalten und sie nutzen, sie ist ein neues Werkzeug für städtische Teilhabe«, erklärt Niels Boeing, einer der Initiatoren



DER ARRIVATI PARK WÄRE NICHT MÖGLICH GEWESEN OHNE UNTERSTÜTZUNG. GROBER DANK GEHT AN DEN GRÜNER JÄGER, DESSEN GARTEN KÜCHE UND SANITÄTSSTATION WAR, ANS KÜCHENTEAM AUS LEIPZIG FÜR DIE AUSGEZEICHNETE DAUERVERSORGUNG DER PARK-BESUCHER, ANS LANDGANG UND MR. KEBAB, DIE ALS BACK-UP FÜR BENÖTIGTE DINGE IMMER ZUR VERFÜGUNG STANDEN, AN LESLEY FARFISA FÜR SEINEN SEVEN INCH HEAVEN, AN DEN GOLDEN PUDEL CLUB (INSBESONDERE PAUL SONNTAG UND SCHORSCH KAMERUN), GOETZ STEEGER, JAY HOLLER + ONE STEP AHEAD, GEBROCHENE BEINE, SPIKE BAND, DIE HANDLUNG UND SCHWABINGGRAD BALLETT & ARRIVATI FÜR MUSIKALISCHEN SUPPORT, FAB LAB FABULOUS ST. PAULI FÜR LAGERFLÄCHE, MEGAFON-CHOR, SOUNDSYSTEM ALTA VOZ FÜR BESCHALLUNG, DIE BÜRGERSCHAFTSABGEORDNETEN HEIKE SUDMANN UND NORBERT HACKBUSCH (DIE LINKE), FÜR DIE TÄGLICHEN ANMELDUNGEN DES PARK BEI DER VERSAMMLUNGSBEHÖRDE.

strittenen G20-Gipfel zum Anlass genommen, die Urban Citizenship Card in Hamburg auszugeben. Sie fordern »gleiche Rechte für alle. Für ein Recht auf Stadt für alle« und sehen es als den Beginn einer langfristigen Kampagne. »Ab Juli 2017 sollten immer mehr Hamburger_innen eine

der Karten-Aktion. Sie ist rein symbolisch, denn sie ist noch kein offizielles Dokument. Allerdings darf sie nicht verwechselt werden mit der Hamburg Card, die nur dem Tourismus dient. »Mit der Citizenship Card könnte Hamburg tatsächlich zum Tor zur Welt werden. Bisher wurde dieser Anspruch nicht erfüllt. Die Stadt sollte ihr Selbstverständnis überdenken«, kritisiert Boeing, »denn die Stadt gehört allen Menschen, die hier leben.« Ein wichtiger Platz während der Gipfelwoche war für ihn die zentral gelegene Grünfläche am Neuen Pferdemarkt, wo sich Menschen aus der Nachbarschaft oder Angereiste im Freien trafen, um sich aufzuhalten, zu cornern (zu Deutsch: »an der Ecke stehen«), zum gemeinsamen Essen, wo die *Hamburg Urban Citizenship Card* von »Beamt_innen« ausgestellt wurde, wo das Lungern politisch wurde. Mit der Benennung des Arrivati Parks wurde öffentlicher Raum in die Aktion mit einbezogen und das Thema Migration verlor sich nicht im Protestgeschehen. Im Gegenteil, der barrierefreie Ort bot sich an, um kollektiv dem Belagerungszustand zu trotzen und sich gleichzeitig mit dem Thema *citizenship* zu befassen. Hier konnten Interessierte durch die Ausstellung *Lampedusa Professions* gehen, Konzerten lauschen und Informationsmaterial bekommen zu Initiativen und Netzwerken, wie zum Beispiel *Recht auf Stadt – Nevermind The Papers, New Hamburg, Lampedusa in Hamburg, St. Pauli selber machen* und zu weiteren wichtigen Akteur_innen. Auch nach dem G20-Gipfel wird er zentraler Treffpunkt für Hamburger_innen bleiben und regelmäßig bespielt werden von den Urban-Citizenship-Aktivist_innen. Sie alle teilen die Hoffnung, dass in Hamburg schon bald etwas in eine Bewegung kommt, die – im Gegensatz zur staatlich verordneten Realität – von Gastfreundschaft und dem Willkommen getragen wird. Sie sind sich einig: Die freie Stadt der Zukunft gehört keiner Nation an!

HOL' AUCH DU DIR DIE HAMBURG URBAN CITIZENSHIP CARD. SIE WIRD AN VERSCHIEDENEN ORTEN IN HAMBURG AUSGEGEBEN. WEITERE INFORMATIONEN (AUF DEUTSCH, ENGLISCH UND TÜRKISCH) UNTER: URBAN-CITIZENSHIP-HAMBURG.RECHTAUFSTADT.NET

Leben ist mehr als Wohnen

WER WIR SIND

TEXT & GESTALTUNG:
PROJEKTGRUPPE HCU HAMBURG

Wir sind eine Gruppe von zwölf jungen Studierenden der HafenCity Universität Hamburg. Im Zeitraum von April bis September unterstützten wir **WOHL ODER ÜBEL** mit einer eigenen qualitativen Forschung bei ihrem Projekt für die Neugestaltung der Gewerbeschule Werft und Hafen G7. Dies war eine willkommene Gelegenheit, an einer sinnvollen Forschung zu arbeiten, die nicht nur in der Bibliothek der Universität landet. Zudem spiegelt das Thema auch unsere eigenen Interessen wider, was auf die Gruppe motivierend wirkte.

ABLAUF DER FORSCHUNG

Zunächst setzten wir uns mit den Menschen der Initiative zusammen und erörterten, inwiefern wir selbige unterstützen könnten. Dabei ließen sie uns alle Freiheiten zu entscheiden, in welchem Rahmen und mit welchen Methoden wir forschen könnten. In den Gesprächen stellte sich heraus, dass es zeitintensiv und spannend zugleich wäre, in Kontakt mit jungen Refugees zu kommen, um herauszufinden, wie diese Menschen sich ein Wohnumfeld in solch einem Projekt vorstellen könnten. Der Fokus wurde dann auf gemeinschaftlich genutzte Räume gelegt. Zurück in der Universität überlegten wir lange, wie die Schwierigkeiten mit der Kommunikation bewältigt und mit Voreingenommenheit umgangen werden könnte. Letztendlich entschieden wir uns für eine Methode, welche uns eher im Hintergrund und vielmehr die jungen Refugees, ohne fremde Beeinflussung, eigene Ideen und Aspekte entwickeln ließ. Unsere Methode nennt sich **Photovoice***. Insgesamt waren 17 junge Refugees an dem Projekt beteiligt.

WAS IST UNSER ZIEL?

Unser Ziel war es zu allererst einmal, unvoreingenommen in Kontakt mit unbegleiteten jungen Refugees zu kommen, was sich als gar nicht so einfach erwies. Sie sollten die Möglichkeit haben, Bedürfnisse zu formulieren. Dabei sollte im besten Fall für die Initiative noch der Nutzen entstehen, dass konkrete Vorstellungen der Refugees in die weiteren Planungen mit einbezogen werden können.

*PHOTOVOICE - WAS IST DAS?

Diese Methode ist ein partizipativer Forschungsansatz, um die soziale Wirklichkeit zu erforschen. Die Betroffenen fotografieren dabei, was ihnen wichtig ist und was sie zeigen wollen. Dies geschieht mit einer groben Themenvorgabe, aber ohne Einfluss oder konkrete Anforderungen von Seiten der Forschenden. Der Fokus der jungen Refugees lag auf gemeinschaftlich genutzten Räumen oder Flächen. Es folgten ausführliche Gespräche über die Bilder, aus denen heraus Erkenntnisse formuliert wurden.

Tatsächlich kamen die Gespräche immer wieder auf gestaltete und vor allem gepflegte Grünflächen zurück, welche als etwas Besonderes wahrgenommen werden.

Der Wunsch nach niedrigschwelliger Beschäftigung, vor allem körperlicher, war auch fast immer Thema während der Gespräche über die gemachten Bilder.



WOHL ODER ÜBEL ist eine Initiative von Anwohner_innen in St. Pauli Mitte, die seit fast zwei Jahren an einem Konzept für die künftige Nutzung der Gewerbeschule Werft & Hafen (G7) arbeitet. Sie planen mit Menschen aus dem Viertel und anderen ehrenamtlichen Akteur_innen die Umgestaltung der Gewerbeschule. Das Gebäude soll öffentlich genutzt werden, aber überwiegend Wohnungen für verschiedenste Menschen beherbergen. Das Konzept sieht vor, auf den 3000 Quadratmetern Gesamtfläche einen Wohnanteil von ca. 80% zu verwirklichen. In einem ersten Konzept sollen bis zu 50% der Wohnungen für Refugees bereitgestellt werden. Die anderen Wohnflächen stehen unter anderem für von Verdrängung bedrohte Menschen zur Verfügung. Weiterhin besteht der Anspruch, das Gebäude barrierefrei umzugestalten und alle Wohnungen langfristig als Sozialwohnungen zu etablieren. Mehr Infos unter: www.wohloderuebel.net

WO STEHT DIE INITIATIVE GERADE?

Mittlerweile unterstützt ein Planer_innenkollektiv die Arbeit der Initiative. Am 11. Mai 2017 stellte das Kollektiv erste Pläne zur Umgestaltung der Gewerbeschule im Rahmen der sechsten Nachbarschaftsversammlung vor. Es wurden die ersten Entwürfe für Grundrisse und zum Aufteilungsverhältnis von Wohnen zu öffentlichen Räumen präsentiert. Die vorgestellten Pläne konnten überzeugen und es wurde vereinbart, mit dieser Grundlage weiterzuarbeiten.

EIN GESPRÄCH AUF DEM WOHLWILLSTRABENFEST AM 24. JUNI 2017

Hey, ich hab gerade eure Bilder gesehen ... Das sind ja unheimlich viel Bilder aus ganz Hamburg, aber was passiert jetzt mit damit?

Die Fotos sind nur eine kleine Auswahl von fast 200 Fotos, die mit Hilfe der Photovoice-Methode von jungen Refugees entstanden sind.

Was habt ihr dann mit den Fotos gemacht?

Wir haben uns dann zusammengesetzt und über die Bilder geredet. Die Fotos zeigen Orte die sie mögen oder auch nicht mögen. Besonders wurde auf gemeinschaftlich Orte wertgelegt.

Warum ausgerechnet diese Räume?

So gibt es hoffentlich Erkenntnisse für uns und die Initiative, wie Räume aussehen können.

Was waren das für Kameras? Smartphones oder?

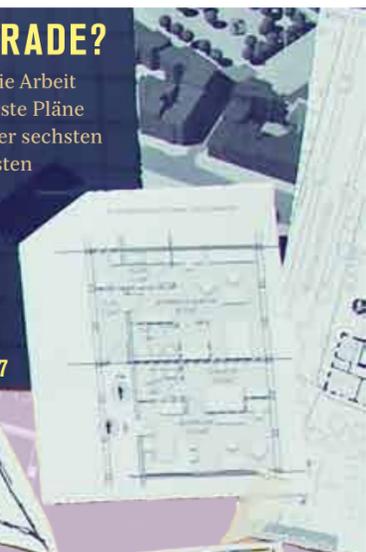
Einwegkameras. So kann jeder teilnehmen. Außerdem ist der Reiz, Bilder zu bearbeiten nicht da.

Und wie geht ihr nun weiter vor? Also was passiert in nächster Zeit?

Danke für die Erklärung. Ich würde mich freuen, bald in der Wohlville Zeit zu verbringen!

Wir würden uns auch freuen und hoffen, die Initiative ein bisschen unterstützt zu haben. Fortsetzung folgt...

Wir setzen uns nochmal zusammen und analysieren die Fotos. Mit zusätzlichen Interviews mit Menschen, die beruflich mit Ihnen zusammenarbeiten, versuchen wir dann, Konzeptideen zu entwickeln.



Im Grunde war es eine schöne Idee, die Anwohner_innen des Karoviertels vor einigen Jahren an den Eigentümer des Bunkers, Großinvestor Thomas J. C. Matzen, herangetragen hatten: Eine Grünfläche über den Dächern von St. Pauli, ein öffentlicher Raum für Menschen aus dem Viertel, den sie selbst bewirtschaften können. Im Herbst 2014 stellten Besitzer und die Kommunikationsagentur Nordpol die Pläne zur Bunkerbegrünung dann erstmals öffentlich vor: »Der Bunker am Heiligengeistfeld, einst mit dem Charakter einer uneinnehmbaren Festung erbaut, wird mit einem neuen Konzept weiterentwickelt und den Anwohnern zugänglich gemacht. Mit neuen Räumen für Kulturschaffende und einer neuen Idee für das Dach«, lautete der Plan, der in dieser Form auf große Zustimmung in der Bevölkerung stieß. In einer Umfrage des Hamburger Abendblattes sprachen sich im Oktober 2014 satte 71% der 1115 Teilnehmer_innen für eine Begrünung des Bunkerdaches aus, lediglich 29% konnten sich mit der Idee nicht anfreunden.

DIE VERANTWORTLICHEN

Auch Thomas J. C. Matzen fand die Idee der Anwohner_innen-Initiative und den ersten Entwurf der Architekten offenbar so interessant, dass er sich auf dieses Projekt einließ. Matzen, Unternehmer und Großinvestor, der den Bunker im Jahr 1993 für 60 Jahre von der Stadt gepachtet hatte und das Gebäude zum heutigen Musik- und Medienbunker weiterentwickelt hat, beauftragte daraufhin die Kommunikationsagentur Nordpol als Berater in allen PR-Fragen. Mit der Durchführung wurde das Planungsbüro Bunker beauftragt, ein Zusammenschluss verschiedener Büros, die das Bauvorhaben steuern und alle beteiligten Architekt_innen und Fachplaner_innen koordinieren. Die vermeintlichen Initiator_innen hatten sich derweil zum Hilldegarden e. V. erklärt, der Konzepte für die neuen, öffentlichen Grünflächen erarbeiten sollte – ehrenamtlich und im Sinne der Anwohner_innen, versteht sich. Als treibende Kraft hinter dem Projekt Hilldegarden entpuppte sich übrigens bald ein gewisser Matthias Müller-Using, der gleichzeitig Geschäftsführer der PR-Agentur Nordpol ist, die bekanntlich Inves-



GRÜNER WIRD'S (VERMUTLICH) NICHT: DIE VERSPROCHENE OASE BLEIBT DANK VERTRAGLICHER VEREINBARUNGEN DIE MEISTE ZEIT DES JAHRES WOHL EIN GRAUER KLOTZ.

Durch die Hintertür ins Wolkenkuckucksheim

EIN GARTEN FÜR ALLE, EINE GRÜNE OASE ÜBER DEN DÄCHERN VON ST. PAULI – MIT DIESEN VERSPRECHUNGEN BEGANNEN SIE EINST: DIE PLÄNE UM DIE BEGRÜNUNG DES FELDSTRABENBUNKERS. SEIT 2013 LAUFEN DIE PLANUNGEN, 2014 WURDE DAS VORHABEN ERSTMALS DER ÖFFENTLICHKEIT VORGESTELLT. DOCH WAS ANFANGS NOCH DEN CHARAKTER VON BÜRGERBETEILIGUNG, RAUMNAHME UND URBAN GARDENING HATTE, WURDE ZIELSICHER AN DEN BEDÜRFNISSEN VON MIETER_INNEN UND ANWOHNER_INNEN VORBEIGEPLANT. SEIT EINIGEN MONATEN STEHT FEST: ALLE PROTESTE WAREN VERGEBENS – ST. PAULI BEKOMMT SEIN WOLKENKUCKUCKSHEIM.

TEXT: KATHI GRABOWSKI

FOTOS / GRAFIK: JÉRÔME GERULL / PLANUNGSBÜRO BUNKER

tor Thomas Matzen in der Angelegenheit berät und die Bunkeraufstockung erstmals kommuniziert hat. Ist es also möglich, dass die als Anwohner_innen-Initiative verkaufte Bunkerbegrünung also von Anfang an ein reines Agentur-Projekt war?! Viele Initiativen im Viertel stehen bis heute unter diesem Eindruck, zumal sie erst über das Vorhaben informiert wurden, als die Planungen schon weit fortgeschritten waren. Dass das Planungskomitee dieses sogenannten Stadtgartens, der Hilldegarden e. V., zudem ein vom Investor finanziertes Projekt ist, lässt den Verdacht der Vetternwirtschaft aufkommen.

GEGENWIND

Kurz nach der Vorstellung des Projekts meldete sich der Verein *Freunde der Denkmalpflege* zu Wort und äußerte seine Bedenken an diesem Mammut-Vorhaben. So erinnerte Helmuth Barth, Vorsitzender des Vereins, an den Status als hochrangiges Kulturdenkmal und Mahnmal für die Schrecken des Nazi-Terrors. Der Bunker müsse als unverfälschtes Bauwerk bestehen bleiben und dürfe nicht zu einem geschichtsvergessenen Disneyland werden, mahnte er im Herbst 2014. Ein Argument, mit dem auch der Quartiersbeirat Karolinentviertel gegen das Projekt argumentierte. Ähnlich sah es der Denkmalrat, der im Juli 2015 an die

damalige Kultursenatorin Barbara Kisseler appellierte, die Pläne nicht weiter voranzutreiben.

Doch im Gegenzug konkretisierte das Planungsbüro Bunker das Nutzungskonzept. Neben dem Stadtgarten, der »grünen Oase« und dem Ort der Begegnung und des Gedenkens, sollte ein mehrgeschossiger Aufbau mit Gästehäusern für Künstler_innen, einer Sport- und Eventhalle, Studio- und Musikanwendung und Amphitheater entstehen. Insgesamt sollten 7.700 Quadratmeter öffentliche und 7.500 Quadratmeter gewerbliche Flächen entstehen. Der Bauantrag dafür wurde im Sommer 2015 eingereicht.

DIE GENEHMIGUNG

Ihren Höhepunkt erreichte die öffentliche Diskussion etwa ein Jahr später. Im Sommer 2016 lieferten sich Befürworter_innen und Gegner_innen einen heftigen Schlagabtausch, es gab zahlreiche Info-Veranstaltungen und auch die Medien schenkten dem Thema wieder mehr Beachtung – Und dann wurde es plötzlich ruhig. In der Zeit, in der Bauantrag beim Bezirksamt geprüft wurde, geriet der Bunker aus dem Blickfeld der breiten Öffentlichkeit. Doch diese Ruhe war trügerisch, denn noch im November 2016 gab die rot-grüne Mehrheit der Bezirksversammlung grünes Licht und genehmigte die Aufstockung (und Begrünung) des Feldstraßen-Bunkers – obwohl der Investor viele der Forderungen in dem vorgelegten Bauantrag nicht erfüllt hat. Einen großen Anteil an der Entscheidung für den Aufbau hatte letztlich auch der FC St. Pauli, der dringend eine neue Trainingshalle braucht und dessen sportliche Leitung die Bunkerpläne schon früh unterstützt hatte. Und da auch die Mehrheit der Bezirksversammlung die

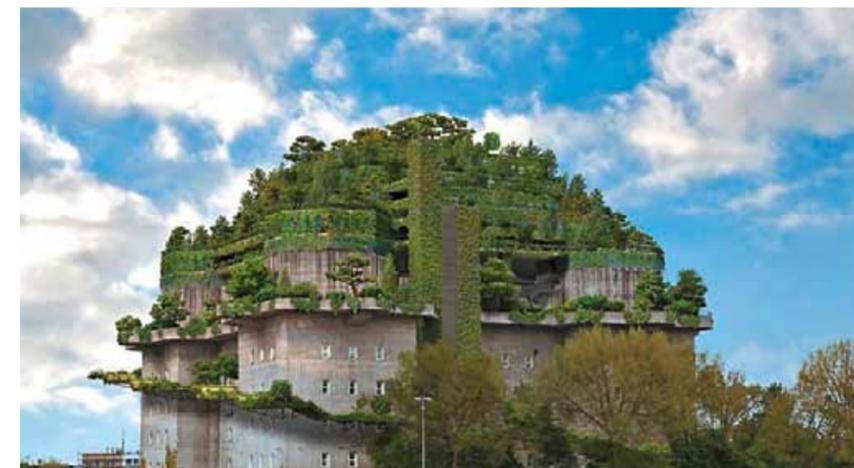
1942 VON RUND 1.000 ZWANGSARBEITERN ERBAUT, HAT DER BUNKER EINE GRUNDFLÄCHE VON 75 MAL 75 METERN UND IST 38 METER HOCH. NACH KRIEGSENDE WURDE ER VON ZIVILEN MIETER_INNEN GENUTZT. 1993 ERHIELT INVESTOR THOMAS J. C. MATZEN DEN STATUS DES ERBPÄCHTERS. HEUTE BEHERBERGT DAS GEBÄUDE ETWA 25 UNTERNEHMEN UND EINZELPERSONEN, DIE IM BEREICH MEDIEN UND KULTUR TÄTIG SIND .



Notwendigkeit einer neuen Sporthalle gegeben sah, wurden die Pläne durchgewunken – mit allen fünf Geschossen, die Investor und Planungsbüro veranschlagt hatten. Im April 2017 erteilte die Bezirksversammlung Mitte die Baugenehmigung, im Juni stimmte schließlich auch der Finanzausschuss dem Projekt zu und am 12. Juli, als die Stadt und ihre Bewohner_innen mit den Nachwehen von G20 beschäftigt waren, stimmte die Hamburger Bürgerschaft, von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU einer Verlängerung des Erbpachtvertrags mit der Thomas J. C. Matzen Immobilien GmbH & Co KG zu. Damit war der Drops gelutscht.

DIE PROBLEME

Doch wo Investor, Planungsbüro, Hilldegarden, Bezirksversammlung, der FC St. Pauli und die Bürgerschaft in Gedanken schon ihren überdimensionierten Mehrzweckhallen-Event-Spinatklops bauen, gibt es noch unzählige ungeklärte Fragen und Probleme. Eines der gravierendsten ist nach wie vor der Bebauungsplan für das Heiligengeistfeld, auf dem der Bunker steht – denn: Dieser Plan existiert überhaupt nicht. Das einzige Schlupfloch, das eine Bebauung ermöglicht, ist der Paragraph 34 des Baugesetzbuches. Nach diesem kann ein Bau trotzdem genehmigt werden, wenn er sich »nach Art und Maß« in die Umgebung einfügt. Außerdem müssen die »Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse« gewahrt bleiben und »das Ortsbild« dürfe nicht beeinträchtigt werden. Wer diese Voraussetzungen beim Blick auf die wahnwitzigen 3D-Renderings



25 MILLIONEN EURO, 18 MONATE BAUZEIT, FÜNF STOCKWERKE: AB DEM FRÜHJAHR 2018 SOLL DER BUNKER AUF STÄTTLICHE 58 METER ANWACHSEN. AUF FÜNF WEITEREN EBENEN WERDEN DANN EIN BUNKERMUSEUM, EINE SPORT- UND MEHRZWECKHALLE, DIVERSE GÄSTEHÄUSER, GASTRONOMIE, STADTEIL- UND PARTIZIPATIONSFLÄCHEN UNTERGEBRACHT. AB 2020 WILL DANN DER HILDEGARDEN E. V. MIT DER BEGRÜNUNG DES AREALS BEGINNEN.

mit angeschlossenem Erlebnisurwald gegeben sieht, darf uns gerne etwas von seinen Drogen abgeben! Apropos Erlebnisurwald: Dass der Stadtgarten, der für viele Gegner_innen ja von Beginn an nur eine Alibi-Funktion hatte, keine immergrüne Oase wird bzw. werden muss, ist jetzt sogar vertraglich festgehalten: In den Sommermonaten dürfen demnach maximal 25 Prozent der Betonfläche zu sehen sein, im Winter darf der Aufbau bis zu 100 Prozent sichtbar sein. Ob grün oder nicht, den Anwohner_innen dürfte das beim Blick aus ihren verschatteten Wohnungen vermutlich relativ egal sein. Aber vielleicht können sie sich ja ihren Frust einfach in der neuen Eventhalle von

der Seele trinken und tanzen? Hatten sich Stadt und Investor auf maximal 38 (Wochenend-)Veranstaltungen im Jahr geeinigt, wurden im städtebaulichen Vertrag nun auch unter der Woche »nicht störende« Veranstaltungen mit bis zu 1.300 Besucher_innen genehmigt. Entertainment rund um die Uhr ist also garantiert! Doch was, wenn im Frühjahr 2018, der Zeitraum wurde von der Bunker-Verwaltung EHP optimistisch als Baustart genannt, die Bauarbeiten tatsächlich beginnen?! Welche Bereiche rund um den Bunker dürfen überhaupt als Baustelleneinrichtungsfläche genutzt werden? Wie und wo wird der Beton und das restliche Material befördert? Wo stehen die Container für Bauarbeiter und Material? Wie wirkt sich die Baustellenlogistik auf die umliegenden, regelmäßig stattfindenden Großereignisse (Dom, Fußballspiele etc.) und Wohngebiete aus? Was passiert mit den bisherigen Zufahrts-

wegen, über die die im Bunker ansässigen Firmen ihre Ware geliefert bekommen? Außerdem: Es gibt bislang keine Gutachten zu den vielfältigen Auswirkungen auf das Gebiet und die umliegenden Wohnviertel. Wie stark wird die Lärmbelastung und damit die Beeinträchtigung der Mieter_innen? Inwiefern wird ein Arbeiten in den 18 Monaten des Umbaus überhaupt noch möglich sein? Und: Wie wahrscheinlich ist es, dass es bei 18 Monaten bleibt? Denn wenn bei einem Bestandsbau eines sicher ist, dann sind das Unvorhersehbarkeiten. Es bleiben also viele Fragen und die große Befürchtung, dass sich die Stadt Hamburg mit diesem Projekt mal wieder ein großes Ei gelegt hat.

30 JAHRE ST. PAULI ARCHIV

ST. PAULI IST SCHON IMMER IM WANDEL. DIESER WIRD IM ST. PAULI ARCHIV DOKUMENTIERT UND BEGLEITET. LEIDER IST DESSEN EXISTENZ NICHT GESICHERT. DIE GUTE SEELE DES ARCHIVS, GUNHILD, ERKLÄRT UNS, WARUM UND WIE UNTERSTÜTZUNG SINNVOLL IST.

TEXT: GUNHILD OHL-HINZ
FOTOS: LAURA GUSE, ST. PAULI ARCHIV

Das St. Pauli Archiv feierte im Juni 2017 seinen 30. Geburtstag! Das ist durchaus erwähnenswert. Als der Verein am 26. Januar 1987 von einer »in und für den Stadtteil St. Pauli engagierten Gruppe von aufmüpfigen Menschen« gegründet wurde, war es genau 50 Jahre her, dass das Groß-Hamburg-Gesetz verabschiedet wurde, das die heutigen Grenzen St. Paulis festschrieb. Dabei wurde die Namensgeberin unseres Stadtteil – die St. Pauli Kirche – großzügig an den Bezirk Altona abgeschoben, im Gegenzug erhielt St. Pauli die Große und Kleine Freiheit und weitere Straßen des westlichen Altonas. Diese Grenzziehung im nationalsozialistischen Hamburg wurde 1949 mit der Verwaltungsreform bestätigt.

Nicht lange nach der St.-Pauli-Archiv-Gründung bereitete sich die Stadt Hamburg auf ihren 800. Hafengeburtstag vor und schüttete ordentlich Geld für ein alternatives Begleitprogramm aus. So spendabel sollte sich die Stadt später nie wieder zeigen, aber immerhin konnten wir damit unsere erste große Ausstellung zur Geschichte des Vergnügens mit dem launigen Titel »Animieren wozu?« präsentieren. Und ebenso gelang die Herausgabe einer Veröffentlichung zur (Sozial-)Geschichte des Stadtteils: »Im Schatten des großen Geldes – Wohnen auf St. Pauli«.

Seitdem hat sich natürlich viel getan auf St. Pauli. Beschäftigten wir uns in den späten 1980er und 1990er Jahren vor allem mit Themen wie Hausbesetzungen, Hafenstraße, Laue-Gelände und der »Sanierung in kleinen Schritten«, sind es heute die fortschreitende Gentrifizierung, Eventisierung und Inszenierung St. Paulis, die uns umtreiben. Aber auch stadtteilübergreifende Themen wie (Post-)Kolonialismus, Migration, Stolpersteine, Zwangsarbeit und nicht zuletzt G20 und seine Folgen. Und um unsere Bestände dauerhaft zu si-

chern, werden wir uns in den nächsten Jahren intensiv mit der Digitalisierung unserer zahlreichen Foto-, Dia- und Ton-Dokumente beschäftigen müssen. Unser Buchbestand ist bereits seit vielen Jahren in einer Datenbank erfasst und lässt sich online recherchieren.

Das St. Pauli Archiv ist gemeinnützig – und das im wahrsten Sinne des Wortes. Unser Archiv mit seinen umfangreichen Beständen steht Allen offen und nützt Allen, die ein Interesse an diesem Stadtteil haben. Während die zahlreichen Tourist_innen sich von Olivia Jones & Co., den »Hurentouren« (in »historischer« Verkleidung) und den »Nachtwächtern« das »echte« St. Pauli zeigen lassen, finden sich im St. Pauli Archiv und bei unseren Rundgängen, Veranstaltungen und Ausstellungen zum Glück noch andere Ansichten und Einblicke in unseren Stadtteil. Und das nicht selten kostenlos oder gegen eine geringe Teilnahmegebühr.

Einen großen Teil unserer Arbeit erledigen wir ehrenamtlich, für Ausstellungs- und Veröffentlichungsprojekte müssen wir in der Regel betteln gehen. Das ist häufig mühselig, zeitraubend und unerfreulich und so manche Idee bleibt dabei auf der Strecke. Aber noch gehen uns die Themen und der Elan nicht aus. Wenn allerdings die Zuwendung seitens der Kulturbehörde bzw. des Bezirksamts in den kommenden Jahren nicht merklich erhöht wird, um die steigenden Miet- und Betriebskosten aufzufangen, wird das St. Pauli Archiv wahrscheinlich seinen 40. Geburtstag nicht mehr feiern dürfen. Und das wäre sehr schade! Und bedauerlich für den Stadtteil!

WIR FREUEN UNS ÜBER EUER INTERESSE AN UNSEREN BESTÄNDEN UND UNSEREN VERANSTALTUNGEN!



Die Fotosammlung des St. Pauli Archivs umfasst mehr als 10.000 analoge Bilder. Unten eine Straßenszene aus der nicht mehr existenten Hörmannstraße 1959.

ST. PAULI JENSEITS VON REEPERBAHN-HALLIGALLI UND »HURENTOUREN«

ST. PAULI-ARCHIV E.V.
PAUL-ROOSEN-STR. 30
22767 HAMBURG
TEL. 040 / 319 47 72
INFO@ST-PAULI-ARCHIV.DE
WWW.ST-PAULI-ARCHIV.DE
ÖFFNUNGSZEITEN: MONTAGS 17 – 19 UHR
(UND NACH VEREINBARUNG)

Historie weggeklinkert

EIN ERSTER ENTWURF BESTÄTIGT DIE BEFÜRCHTUNGEN DER ANWOHNER_INNEN: DIE EIGENTÜMERIN DER SCHILLEROPER WILL DAS GEBÄUDE OFFENBAR ZUM GESICHTSLOSEN WOHNTURM UMBAUEN LASSEN.

TEXT: SCHILLEROPER-INI
GRAFIK: DIRK ANDERS

Seit Bezirksamtsleiter Falko Droßmann Oktober 2016 beim Treffen mit der Schilleroper-Initiative von den Plänen der neuen Besitzerin der Schilleroper schwärmte, lauerten wir monatelang vergeblich auf ein versprochenes Gespräch mit ihr. Etliche Termin-Anfragen wurden ignoriert. Wir blieben jedoch aktiv: Heike Sudmann (Die Linke) stellte zwei Kleine Anfragen an den Senat. So erfuhren wir, dass das Denkmalschutzamt die Sicherung des Denkmals angemahnt hatte und auch, dass die Eigentümerin ein Gutachten eingereicht hatte – mit der Konsequenz die Schilleroper abzureißen. Angesichts der ersten Lage veranstalteten wir am 23. April 2017 eine Infoveranstaltung und formulierten mit den Teilnehmern die erste Schilleroper-Resolution. Daraufhin starteten wir eine neue Petition zum Erhalt der denkmalgeschützten Schilleroper!

Dann endlich: die Einladung des Bezirks Hamburg-Mitte zur öffentlichen Infoveranstaltung zur Zukunft der Schilleroper am 25. Juli 2017. Droßmann präsentierte den Entwurf des Schweizer Architekten Max Dudler: Zwei hohe Wohntürme und ein Rundbau für Gewerbe, alles in gesichtslosem Rotklinker. Deutlich wurde: Ein Erhalt des Denkmals ist nicht gewollt. Es wird nicht einmal versucht, die einzigartige Stahlkonstruktion und deren Historie im Neubau sichtbar aufleben zu lassen. Obwohl die Schilleroper schon drei Jahre im Besitz der Eigentümerin ist – nun dieser befremdliche Entwurf, der weder mit dem Bebauungsplan vereinbar ist, in irgendeiner Weise das Denkmal berücksichtigt bzw. die Historie des Gebäudes würdigt, noch die Interessen des Stadtteils und der Anwohner_innen einbezieht.

Wir fordern das Denkmalschutzamt auf, in Vorleistung zu gehen und das Denkmal zu sichern. Wir fordern einen Dialog mit Politik, Eigentümer, Experten und Bürger_innen. Unterstützt unsere Forderungen, damit die Schilleroper nicht weiter verfällt, sondern erhalten bleibt!

schilleroper-Resolution

Wir, die Anwohner_innen-Initiative, fordern, dass die Schilleroper wegen ihrer historischen Bedeutung und der denkmalgeschützten Rotunde nicht einfach finanzkräftigen Investoren überlassen wird, ohne die Öffentlichkeit in die Planung einzubeziehen. Die Schilleroper aus dem Jahr 1891 ist erhaltenswerter Bestandteil der Geschichte der Stadt!

Folgende Resolution wurde im Rahmen der Veranstaltung »Lasst es schillern – Historisches, Kunst und Kultur zum Erhalt der Schilleroper« am 23. April 2017 gemeinsam mit den 120 Teilnehmer_innen erarbeitet und verabschiedet:

DIE BÜRGER_INNEN FORDERN:

1. KEINE GENEHMIGUNG ZU ABRISS DES DENKMALS SCHILLEROPER
2. SOFORTIGE SICHERUNG DES DENKMALS
3. VORANTREIBEN DER SANIERUNG DES DENKMALS
4. DIE POLITIKER_INNEN ALLER FRAKTIONEN SOLLEN JETZT ENTSPRECHENDE FORDERUNGEN AN DEN/DIE EIGENTÜMER_IN STELLEN, EINEN PROZESS ÜBER EINE STADTTEIL-VERTRÄGLICHE NUTZUNG MIT EIGENTÜMER_IN, POLITIK, BEHÖRDEN, BÜRGER_INNEN ZU ENTWICKELN (IN ANLEHNUNG AN DEN ST. PAULI CODE: PLANBUDE.DE/ST-PAULI-CODE).
5. EINE ÖFFENTLICHE NUTZUNG FÜR ALLE
6. RAUM FÜR BEGEGNUNG IM STADTTEIL: KULTURELLES, SOZIALES, GESCHICHTLICHES ...
7. BEZAHLBAREN WOHN- UND GEWERBERAUM

Unterstützt unsere Forderungen auf RESOLUTION.SCHILLEROPER-INI.DE. Unsere nächste Veranstaltung findet am 15. Oktober 2017, ab 15 Uhr im Haus der Familie (Bei der Schilleroper 15) statt.

Das Programm und weitere Infos unter:
WWW.SCHILLEROPER-INI.DE
FACEBOOK.COM/SCHILLEROPER

Die Schilleroper-Ini trifft sich jeden letzten Montag des Monats um 19 Uhr. Die nächsten Treffen finden am 25. September, 30. Oktober und 27. November 2017 im Gemeinschaftsraum des Panther-Hauses (Lerchenstr. 37) statt.



Gegenentwurf zu den gesichtslosen Wohntürmen des Schweizer Architekten: Bereits im September 2016 hat Dipl.-Ing. Architekt Dirk Anders, Anwohner und selbst in der Schilleroper-Ini aktiv, einen Entwurf für die künftige Nutzung des Areals vorgelegt. Hier ist die denkmalgeschützte Rotunde als solche klar zu erkennen und bildet eine Art begrüntes Gerüst um einen Gemeinschaftsraum. Darum gruppieren sich Sozialwohnungen, eine Alten-WG, alternativer Wohnraum, Räume für Gewerbe und öffentliche Nutzung.

Abgeschoben ins Aus

SEIT OKTOBER 2016 BETREIBT DIE AUSLÄNDERBEHÖRDE IN HAMBURG EIN EIGENES GEFÄNGNIS. DORT ARBEITEN AUSSCHLIEßLICH MITARBEITER_INNEN DER HAMBURGER AUSLÄNDERBEHÖRDE UND DES PRIVATEN SICHERHEITSDIENSTES WEKO. BIS ZU VIER TAGE WERDEN MENSCHEN DORT GEFANGEN GEHALTEN, BEVOR MAN SIE ABSCHIEBT. AUCH EIN MITTELFELDPIELER DES FC LAMPEDUSA ST. PAULI WAR VOR SEINER DEPORTATION IM DEZEMBER DES VERGANGENEN JAHRES DORT INHAFTIERT. EINE TRAINERIN DES FUßBALLVEREINS, DER SICH 2013 MIT GEFLÜCHTETEN DER GRUPPE LAMPEDUSA IN HAMBURG GRÜNDETE, ERZÄHLT VOM LETZTEN TREFFEN MIT IHREM SPIELER UND FREUND AN DIESEM TROSTLOSEN ORT.

TEXT & FOTOS: FC LAMPEDUSA ST. PAULI

Am 29. November 2016, einem Dienstag, wurde unser zentraler Mittelfeldspieler des FC Lampedusa St. Pauli in der Hamburger Ausländerbehörde völlig überraschend im Beisein einer Freundin verhaftet und in den sogenannten Ausreisegewahrsam gebracht. Selbst seinem Anwalt gelang es leider nicht, ihn dort wieder rauszuholen. Er war darüber genauso empört und entsetzt wie der gesamte FC Lampedusa St. Pauli.

Am Donnerstagmorgen, also zwei Tage später, fuhr ich, eine der Trainerinnen des FCLSP, nach Niendorf in den Rahmoor 1, auf das Gelände des Flughafensportvereins – in den Wald hinein, durch den Regen. Auf dem Parkplatz des Sportvereins angekommen, rief ich die Nummer an, die auf einem verwaschenen Zettel in Klarsichtfolie am Tor zum Vereinsgelände befestigt war: *Ausreisegewahrsam Hamburg, Besucher hier melden, diverse Telefonnummern*. Der Mann am Telefon sagte: »Wir kommen vor.«

Durch Bäume und Gestrüpp hindurch sah ich in der Ferne weiß-blaue Container, hinter einem weiteren hohen Zaun, der mit Nato-Draht »gesichert« war. Am massiven Eisentor konnte man die Silhouetten von drei bis vier Personen im Nieselregen schwach erkennen.

»Ich bin angemeldet, für 10 Uhr«, versuche ich ungelentk zu erklären. »Ja ja, kommen Sie rein, erst durchs Tor, dann durch die Eingangstür.« Schließ auf, schließ

ab, schließ auf, schließ ab. »Was für ein schrecklicher Ort und hier haben sie ihn hingebracht und eingesperrt, unseren FCLSP-Spieler. Ganz alleine auch noch!«, schoss es mir durch den Kopf.

Einerseits ist es natürlich auch ganz tröstlich, dass nicht noch mehr Menschen im »Ausreisegewahrsam« auf ihre Abschiebung warten müssen, hinter Stacheldraht, im Gefängnis aus aufgestapelten Containern. Aber gleich ein ganzes Gefängnis für einen einzigen Spieler vom FC Lampedusa St. Pauli? Kaum auszuhalten. Er war zu diesem Zeitpunkt erst der fünfte Insasse überhaupt im neuen Knast der Ausländerbehörde am Hamburger Flughafen. Ganze vier Tage darf die Ausländerbehörde Geflüchtete in ihrem eigenen Gefängnis gefangen halten, bevor sie abgeschoben werden.

Endlich wurde ich hereingebeten – mit meinem Rollkoffer, den ich gestern Nacht noch schnell für unseren Habibi gepackt habe, um ihm wenigstens noch seine Sachen bringen zu können. Ins Gefängnis. Zum Flieger. Zur Abschiebung.

Viel ist es nicht, was er besitzt, knapp zwei Jahre, nachdem er sein Geburtsland verlassen hatte, auf der Suche nach, wie er

selbst sagt, einfach nur einem Plätzchen, wo er sein darf, wie er ist und wo er in Frieden leben kann. Fast zwei Jahre Unverständnis, Containerlager, Vorladungen, Schikane, Ablehnung, Flucht, Einsamkeit, Sprachlosigkeit und die ständige Angst davor, eingesperrt und deportiert zu werden lagen da bereits hinter ihm.

Zurück, zurück. Aber wohin denn eigentlich zurück? Zurück dahin, wo er aus guten Gründen die erste Chance wahrgenommen hat, die sich ihm bot, um abzuhaufen? Wo es auch fast nur Unverständnis, Schikanen, Ablehnung, Einsamkeit und Schlimmeres gab und immer noch gibt. In ein Land und eine Gesellschaft zerrüttet, zerrissen, zerstört, brutalisiert und traumatisiert von Krieg und seinen Folgen. Von Elend, Vertreibung, Korruption, Intoleranz und Hoffnungslosigkeit. Ein- und ausgesperrt im Nirgendwo. Wo er vielleicht geboren wurde, aber doch nicht sein ganzes Leben verbringen muss. Wer darf denn darüber bestimmen, wo ein Mensch leben darf und wo nicht? Und wer sind denn eigentlich diese Menschen, die sich anmaßen, darüber entscheiden zu dürfen?

Im Büro warteten gleich zwei Frauen und drei Männer von der Ausländerbehörde

und mehrere Sicherheitsleute. Eine Frau der Ausländerbehörde stellte sich mir vor und verlangte meinen Ausweis. Es wurde telefonisch eine Abfrage gemacht, ob ich überhaupt rein darf. »Negativ!« – »Was?! Nein, jetzt hört es aber auf, ich bringe hier seine Sachen!«, platzte es aus mir raus. »Freuen Sie sich doch, bei uns heißt negativ positiv!« Ist eben eine andere Welt.

Sie wies mir ein Fach in einem Schrank zu, wo ich alles reinlegen sollte, was ich nicht mit rein nehmen dürfe: Jacke, Tasche, Geld, etc. Dann gingen alle Männer raus und eine weitere Security-Mitarbeiterin kam herein und stellte sich an die Tür. Nun waren genau vier Frauen und ich in dem Raum. Als erstes muss ich meine Schuhe ausziehen, die Kniestrümpfe runterschieben, den Pullover ausziehen, die Hose aufknöpfen, um mich dann an die Wand zu stellen. Mit dem Gesicht zur und den Händen an der Wand wurde ich von oben bis unten abgetastet – erst nur grob, dann ging es in eine regelrechte Leibbesichtigung über, inklusive Hände runternehmen, um damit T-Shirt und Unterhemd hochzuheben. Einmal den nackten Rücken zeigen, umdrehen, einmal nackte Brust zeigen, umdrehen, Hände wieder an die Wand! Das diene ja schließlich in erster Linie seinem Schutz, behauptete die Mitarbeiterin auch noch. Ohne Worte!

Dann wurde sich mein mitgebrachter Koffer vorgeknöpft: Alle Kleidungsstücke wurden einzeln aufgefaltet, befragt und durchsucht. Dann wurde der leere Koffer akribisch unter die Lupe genommen. Nach etwa einer halben Stunde waren die Sportklamotten ausgepackt, durchsucht und halbwegs akzeptabel wieder eingepackt. Endlich brachten sie mich dann zu unserem Bruder, der in einem unglaublich hässlichen, ungemütlichen und kalten Besucherzimmer auf mich wartete. Er sah blass, dünn und übernachtigt aus. Kein Wunder, an diesem grauenhaften, einsamen Ort. Dafür hatte er sich aber tapfer gehalten. Wir nahmen uns in die Arme, redeten über die Situation da drinnen und darüber, was in den vergangenen Tagen passiert ist. An der Tür stand ein Angestellter eines privaten Sicherheitsdienstes und überwachte unser Gespräch. Es täte ihm alles so leid, sagte der internierte Freund entschuldigend. Uns erst – schließlich wurden ja nicht wir ohne Vorwarnung ins Gefängnis geworfen, um dann am nächsten Morgen abgeschoben zu werden. Was für eine entsetzliche Vorstellung und obwohl sich sein Anwalt nach Kräften bemühte, war dieses Schicksal nicht mehr abzuwenden. Was für

eine Schande! Komisch: Wir haben trotz des ganzen Horrors zwischendurch sogar ein bisschen gelacht. Tapferer kleiner FC-Lampedusa-St.-Pauli-Spieler!

»ICH WEIß, WER SIE SIND. ICH WEIß, WER ER IST UND ICH WEIß AUCH, DASS ER BEI IHNEN FUßBALL SPIELT – ICH FINDE DAS SO EIN TOLLES PROJEKT!«

Nun müssten wir aber wirklich zum Ende kommen, es sei schon 12 Uhr durch, sagte der WEKO-Mitarbeiter an der Tür. Eine letzte feste Umarmung, wir würden uns so schnell nicht wiedersehen und nochmal zurück ins Büro. Auf dem Weg dorthin sagte der Beamte der Hamburger Ausländerbehörde doch tatsächlich folgendes: Er wüsste, wer ich sei, er wüsste auch, wer er sei und zeigte Richtung Flur, wo unser geliebter Freund und Spieler des FC Lampedusa St. Pauli stand und ein letztes Mal durch die offene Tür zu mir rüberschaute. Er wisse, was wir machen und dass er beim FC Lampedusa St. Pauli Fußball spielt, er würde sich ja auch für Fußball interessieren und fände, dass das ein tolles Projekt sei. Wenn das so ist, dann solle er doch bitte sofort unser zentrales Mittelfeld frei lassen, sagte ich. Na ja, das könne er natürlich nicht machen. Aber warum denn eigentlich nicht?

Am nächsten Morgen, Freitag den 2. Dezember 2016 um 7 Uhr wurde der Mittel-

feldspieler des FC Lampedusa St. Pauli, unser Habibi, unser Bruder und Freund mit dem Flugzeug vom Flughafen Hamburg abgeschoben. An einem Tag, an dem

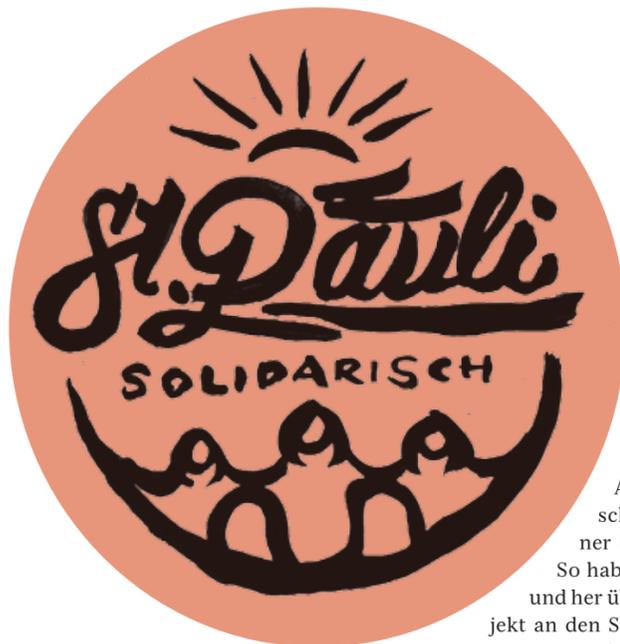
FC St. Pauli ein Heimspiel hatte. Seitdem hat er viel geschrieben, drückt immer noch bei jedem FCL-SP-Spiel die Daumen und macht manchmal Verbesserungsvorschläge bei der Aufstellung. Er will eigentlich nur wiederkommen dürfen, an den Ort, den er Zuhause nennt. Auch wir wollen nicht ohne ihn hier in Hamburg sein, in St. Pauli, beim FC Lampedusa St. Pauli!

DER FC LAMPEDUSA ST. PAULI IST EIN FUßBALLPROJEKT FÜR GEFLÜCHTETE UND MIGRIERTE JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE. GEGRÜNDET ANFANG 2014 MIT SPIELERN DER SOGENANNTEN GRUPPE LAMPEDUSA IN HAMBURG, SPIELEN BEIM FCLSP SEIT MÄRZ 2015 CA. 40 TEENS UND TWENS AUS FAST ALLEN ECKEN DIESER WELT FUßBALL. SEIT JULI 2016 IST DER FC LAMPEDUSA ST. PAULI DAS OFFIZIELLE REFUGEE-TEAM DES FC ST. PAULI. WENN IHR DEN FCLSP SUPPORTEN WOLLT, KOMMT AN HEIMSPIELTAGEN DES FC ST. PAULIS AN DEN INFO- UND MERCHSTAND.

BLEIBT AM BALL:
[HTTP://FCLAMPEDUSA-HH.DE](http://fclampedusa-hh.de)
[WWW.FACEBOOK.COM/FCLAMPEDUSA](http://www.facebook.com/fclampedusa)



Den Info- und Merchstand des FC Lampedusa St. Pauli findet Ihr immer zwei Stunden vor jedem Heimspiel des FC St. Pauli, direkt vor dem Fanladen in der Gegengeraden – außer wenn abgeschoben wird ...



OHNMACHT IST EIN VERBREITETES GEFÜHL. VIELEN DROHT, DARIN STECKEN ZU BLEIBEN, VERLOREN ZU GEHEN IM EINZELKAMPF GEGEN DIE NORMALE ÜBERMACHT DER UM- UND ZUSTÄNDE. ALLERDINGS ÖFFNEN SICH IM AUSTAUSCH MIT ANDEREN AUCH NEUE MÖGLICHKEITEN. DIE INITIATIVE ST. PAULI SOLIDARISCH SAMMELT ERFahrungen.

TEXT: ST. PAULI SOLIDARISCH
GRAFIK: LAURA GUSE

Am Anfang fanden wir uns selbst überflüssig. Warum sollte man eine neue Politgruppe gründen – gerade auf St. Pauli, wo es schon so viel Aktivismus gibt? Warum schließen wir uns nicht einer bestehenden Gruppe an?

So haben wir ziemlich lange hin und her überlegt, bis wir unser Projekt an den Start gebracht haben. Nun treffen wir uns bald seit einem Jahr kontinuierlich, sind mehr geworden und haben es geschafft, einen regelmäßigen Anlaufpunkt zu etablieren.

Viele denken, sie seien mit ihren Problemen alleine. Ungleiche Chancen, belastende Arbeitsverhältnisse, unsichere Lebensumstände, stressige VermieterInnen und Behörden machen uns das Leben schwer. Es scheint, als stünde man alleine vor einem unüberblickbaren Bürokratiemonster, vor einem übermächtigen Immobilienbesitzer, vor einer gesichtslosen Jobcenter-Maschinerie. Aber wenn man anfängt, darüber zu reden, merkt man, dass man gar nicht alleine ist, sondern dass wir ganz viele sind. Und dass die Gründe für die prekäre Situation, in der sich viele von uns befinden, nicht individuell, sondern strukturell sind. Und dass man kollektiv dagegen angehen kann. Also: Dass man gemeinsam subversive Strategien entwickeln und kreative Lösungen finden kann.

Niemand fällt als Expert_in vom Himmel. Aber wenn wir uns austauschen und uns gemeinsam Wissen aneignen, können wir Expert_innen werden. Jede_r hat Erfahrungen gemacht und weiß irgendetwas. Was wir nicht wissen, finden wir zusammen raus. Wo einem nichts mehr zu einfällt, hat jemand anderes eine gute Idee. Zum Beispiel so: Zwar habe ich keine Ahnung, wie ich Hartz IV beantragen kann, aber dafür kenne ich mich vielleicht im Mietrecht aus, habe Erfahrungen mit der Ausländerbehörde oder der Versicherung, oder kenne jemanden, der jemanden kennt, der schon einmal eine Steuererklärung gemacht hat.

Vielen kommt es abstrakt vor, wie sich kapitalistische Verhältnisse im eigenen Alltag auswirken. Was hat es mit mir zu tun,

wenn das Arbeitsrecht reformiert, die Aufenthaltsgesetze geändert, Sozialleistungen gekürzt, das Rentensystem umgebaut wird? Aber plötzlich hat man kein Geld mehr, um die Miete zu zahlen, wird krank oder muss jemanden pflegen, verliert gegen den übermächtigen Arbeitgeber oder sieht sich wegen einer überschrittenen Frist vor Gericht. Wo herkömmliche Beratungsstellen in den Grenzen von Recht und Ordnung gefangen sind, hören wir nicht auf. Manchmal ist es dann schon spät, um große Pläne auszutüfteln. Besser ist es, frühzeitig solidarische Strukturen aufzubauen, und im Fall der Fälle ein zuverlässiges und parteisches Netzwerk zu haben. Oft schmieden sich so neue Allianzen, entstehen andere Politformate, die sich von alleine nicht ergeben würden.

UND WIE LÄUFT DAS JETZT KONKRET?



Wir treffen uns jeden zweiten und vierten Mittwoch des Monats um 19.30 Uhr im Kölibri am Hein-Köllisch-Platz. Jede_r kann kommen, ob mit oder ohne Anliegen. Wer will, stellt sein Thema vor. Gemeinsam überlegen wir, was zu tun ist. Wir recherchieren, wir brainstormen, wir tauschen Erfahrungen aus. So entstehen oft verschiedene Möglichkeiten. Die Entscheidung darüber, wie es weitergeht, liegt bei der betroffenen Person. Bei der Umsetzung unterstützen wir zum Beispiel durch Begleitung zum Amt, durch gemeinsames Ausfüllen von Formularen oder auch durch Hausbesuche bei fiesen Vermieter_innen oder andere Aktionen. Beim nächsten Anlaufpunkt kann die Person erzählen, wie es war, wie der aktuelle Stand ist und was es Neues gibt.

Wenn ein Fall sich als so komplex gestaltet, dass er den Rahmen des Anlaufpunktes sprengt, gründen wir eine Konflikt-AG. Zwei oder drei Leute nehmen sich des Themas intensiver an und treffen sich außer halb des Anlaufpunktes mit der Person. Beim Anlaufpunkt können sie die restliche Gruppe auf den aktuellen Stand bringen und gegebenenfalls gemeinsam weiter überlegen.

Weißt du noch?

EIN BAUSPIELPLATZ ZWISCHEN VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT: AUF DEM HEXENBERG ERLEBT BEREITS DIE ZWEITE GENERATION DAS ABENTEUER SELBERMACHEN SOWIE BETREUUNG UND ZUWENDUNG, SOWOHL IM GRÜNEN UND UNTER FREIEM HIMMEL. ABER AUCH IM HAUS BEIM KOCHEN UND BASTELN.

TEXT & FOTOS: KATHI ZEIGER

Der Bauspielplatz Hexenberg in der Königstraße 11 ist eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche. Inmitten alter Kastanien, wildem Gebüsch und bunten Holzhütten gleicht das Gelände einer grünen Oase zwischen dichter Wohnbebauung. Der Platz ist ein Ort des Lernens und Lebens der auf vielfältige Weise die Lust am Lernen jeden Tag aufs Neue veranlassen möchte. Er ist geschützter Rückzugsort für Kinder und naturnaher Erfahrungs- und Experimentierraum zugleich. Nicht selten verbringen Kinder an fünf Tagen der Woche durchgängig in der Einrichtung, damit ist der Bauspielplatz mehr als nur eine Freizeiteinrichtung – er ist für Viele ein zweites Zuhause.

Der Bauspielplatz an der Königstraße liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zur Trinitatiskirche und der Hexenberg-Siedlung. Zwei Generationen von Bewohner_innen aus dieser Siedlung sind auf dem *Baui Hexenberg*, wie er liebevoll genannt wird, groß geworden. Damit hat die Einrichtung auch als Anlaufstelle für Familien in unterschiedlichen besonderen Lebenssituationen eine große Bedeutung. Am Familientag der jeweils am letzten Samstag im Monat stattfindet, können wir den Kindheitsgeschichten der heutigen Eltern auf dem *Baui* lauschen. Da ist zum Beispiel die Mutter von Mehmet die als Achtjährige mit Hammer und Nagel ausgerüstet ihre Freizeit damit verbrachte, ihre erste Hütte mit Freundinnen zu bauen. Die Mädchenhütte die nach dreimonatiger Bauzeit

dann »bezugsfertig« war, sollte lange Zeit als Mädchenclub dienen und wurde von den Mädchen vehement verteidigt gegen etwaige Inanspruchnahmen durch andere Kinder. Mit leuchtenden Augen spricht sie immer wieder gerne darüber, wenn sie auf dem Platz steht um ihren Sohn abzuholen. Mehmet* hingegen baut nicht mit Vorlie-



be Hütten, dafür hat er die »Liebe« zum Kochen entdeckt und nutzt regelmäßig die Kinder-Koch-Zeit am Freitag für sein Hobby. Die Eltern von Aleyna haben sich vor langer Zeit auf dem Bauspielplatz kennengelernt. Sie sind zusammen über den Platz getobt, auf Hütten geklettert, und haben

gemeinsam an den Ferienfahrten des *Bauis* teilgenommen. Noch heute erzählen sie berührt von ihren ersten Neckereien und dem heimlichen Warten aufeinander. Jetzt hat Aleyna den Platz für sich entdeckt und gleichzeitig ein Stück Lebensgeschichte ihrer Eltern erfahren. Während sie mit Hingabe aus einer leeren Kekspackung eine Geschenkbox bastelt und kunstvoll verziert, plaudert sie munter von Mamas Sorge darüber, dass sie von einer Hütte fallen könne, denn sie wisse wie gefährlich diese Klettereien seien.

Diese Erinnerungen sind kleine Alltagsgeschenke für Kinder und ihre Familien. Und uns zeigen sie einmal mehr, dass Kontinuität und Dauer nicht nur wesentliche Merkmale für zwischenmenschliche Beziehungen sind, sondern dass der Ort in seiner Beständigkeit die Grundlage dafür bildet.

* alle Namen von der Autorin geändert



Als eine der möglichen Anlaufstellen war dabei der Sanierungsbeirat oft hilfreicher als ein Mensch denken könnte, der den staatlichen Einrichtungen gegenüber kritisch eingestellt ist. Positionen wie »das bringt doch eh nichts« und Skepsis gegenüber »denen da oben« konnte natürlich auch der Sanierungsbeirat nicht auflösen, aber es gab auch positive Überraschungen. Der Beirat in seiner bisherigen Form läuft jedoch aus. Ende 2017 wird es ein letztes offizielles Treffen geben und danach ist dann Schluss. Dieses Schicksal hat auch schon andere Stadtteile getroffen. Aber es ist nicht so, dass die Stadt andere Formen der Beteiligung nicht unterstützen würde, nur von alleine geht da auch nichts. Bestes Beispiel dafür, dass Bauvorhaben ohne Beteiligung der Anwohner_innen geplant werden, ist der Neubau und die Umgestaltung der Großen Freiheit. Angefangen bei einer Zufahrt von der Simon-von-Utrecht-Straße bis zu der sogenannten *Budenreihe* wird östlich der Straße alles neu gemacht. Einige Gebäude sind

denkmalgeschützt und es gibt nach einem schon abgeschlossenen Wettbewerb auch einen Siegerentwurf. Ob dieser jedoch in der bisherigen Form umsetzbar ist, erscheint fraglich. Die ansässige Druckerei, das *Gartendeck*, die neu zu schaffenden 44 Wohnungen und der begrenzte Platz lassen an eine Quadratur des Kreises denken. Noch ist nicht alles in Stein gemeißelt, was die Planungen angeht, und im Hintergrund laufen auch diverse Gespräche über die endgültige Realisierung. Aber klar ist, dass es im Moment kaum eine Öffentlichkeit dafür gibt. Die bisherigen Möglichkeiten, den Prozess zu begleiten oder auch aktiv gegenzusteuern, wenn Entwürfe auf Kosten von z. B. eingesessenen Betrieben und Anwohner_innen gehen, sind ab Ende des Jahres durch den Wegfall des Sanierungsbeirates deutlich eingeschränkt. Stellt sich also die Frage, wie es in St. Pauli nicht nur mit diesem Bauvorhaben weiter-

geht, denn im Moment ist die Weiterführung des Beirates aufgrund der gesunkenen Bereitschaft der bisherigen Mitglieder durchaus fraglich. Dabei haben das Karo- und Schanzenviertel und praktisch alle Stadtteile Nachfolgeformen gefunden, wenn die Beiräte von Seiten der Stadt aus nicht länger bestanden haben. Das sich gerade in St. Pauli dort eine große Leerstelle auftun wird, ist sowohl erstaunlich als auch beängstigend. Denn ohne solche Instrumentarien laufen Prozesse wie die in der Großen Freiheit weitaus weniger öffentlich ab. Die Möglichkeiten einzuschreiten und gestalterisch mitzuwirken, sind dadurch natürlich massiv erschwert, weil dann oftmals Fakten geschaffen werden, die im Nachhinein nicht zu ändern sind. Was tun? Zumindest die Ohren und Augen offenhalten, was sich hier im Stadtteil tut und wenn sich eine Nachfolgeform des Sanierungsbeirates gründet, ist es grundsätzlich für alle möglich, sich daran zu beteiligen!

**TEILHABE AN BAUVORHABEN?
DER SANIERUNGSBEIRAT
MACHT'S MÖGLICH**

**WAS MACHT EIGENTLICH
EIN SANIERUNGSBEIRAT?**

Um die Geschichte der Beiräte zu verstehen, müsste man eigentlich die ganze Geschichte der Beteiligung der Bevölkerung an der Stadtplanung beschreiben. Spätestens seit den späten 80ern lief in Hamburg einiges aus dem Ruder, zumindest aus Perspektive der Stadt. So sind unter anderem die Hafensstraße und die Rote Flora Überbleibsel einer Politik, die Bürgerbeteiligung ausschloss. Mit Gründung der Stadtentwicklungsgesellschaft (Steg) sollte verhindert werden, dass an den Bedürfnissen ganzer Stadtteile vorbeigeplant wird. Die Sanierungsbeiräte sind eine weitere Einrichtung gewesen, die die Stadt geschaffen hat, um Beteiligung auf Stadtebene zu ermöglichen. Gewerbetreibende, Grundbesitzer_innen, Parteien und Anwohner_innen werden dazu an einen Tisch geholt und gemeinsam wird versucht, eine möglichst praktikable Lösung für diverse Vorhaben zu finden. Dabei ist das Entscheidende, dass die Stadt mit ihren behördlichen Abläufen (bis zu einem bestimmten Punkt) transparenter wird und Informationen zur Verfügung stellt,

die sonst oft nicht erhältlich sind. Die Mitglieder im Beirat können Beiratsempfehlungen aussprechen, die von den Gremien/Verwaltung der Stadt oftmals auch umgesetzt werden. Natürlich nicht immer, denn der Beirat hat nur beratende Rechte. In einigen Stadtteilen gab es Beschwerden darüber, dass der jeweilige Beirat nur Alibi-Funktion hätte. In St. Pauli gab es in der Zeit, als es noch Sanierungsgebiet war, wenige solcher Beschwerden. Selbst Projekte wie das *Gartendeck* wurden vergleichsweise ernst genommen und respektiert. Mit Auslauf eines Sanierungsgebietes endet dann allerdings auch die Existenz des von der Stadt geförderten Sanierungsbeirates. Dies ist in St. Pauli 2017 der Fall.

DER SANIERUNGSBEIRAT IST GRUNDSÄTZLICH FÜR JEDE OFFENE NÄCHSTES UND WOHL AUCH LETZTES TREFFEN FÜR 2017: DIENSTAG, DEN 26. SEPTEMBER 2017 UM 19 UHR, ELTERNCAFÉ DES BILDUNGSHAUSES DER GRUNDSCHULE THADENSTRASSE, THADENSTR. 147.

VERMISST:

Ein selbstgemaltes Transparent mit der Aufschrift »Viel Lärm um nichts« wird seit Dienstag, dem 4. Juli 2017 vermisst. Zuletzt wurde es zwischen den Bäumen auf der Ölmühle (aka Keimzelle) im Karolinenviertel gesehen. Es war in einer Höhe von ca. vier Metern fest angebracht und gehörte zu einem Ensemble aus Tischtennisplatten, Kunstausstellung, Spielplatz und Stadtteilgarten. Das Banner ist riesengroß (etwa 6x4 Meter) und aus robuster LKW-Plane. Das USK aus Bayern müsste eigentlich alles gut beobachtet haben, vielleicht auch das Ordnungsamt Mitte oder sogar Anwohner_innen und Passant_innen. In dem Fall: Melden Sie sich bitte! Wir sind für jeden Hinweis dankbar.



KONTAKT: MOIN@ST-PAULI-SELBER-MACHEN.DE

Impressum

ST. PAULI SELBER MACHEN
c/o GWA St. Pauli
Hein-Köllisch-Platz 11/12
20359 Hamburg
www.st-pauli-selber-machen.de
Stadtteilzeitung@st-pauli-selber-machen.de

REDAKTION
Jérôme Gerull, Kathi Grabowski, Laura Guse, Sven K., Torsten Morche (V.i.S.d.P.)

SATZ & GESTALTUNG
Kathi Grabowski, Laura Guse

TEXTE
FC Lampedusa St. Pauli, Kathi Grabowski, Laura Guse, Svenja Karlsson, Torsten Morche, Gunhild Ohl-Hinz, Projektgruppe HCU Hamburg, Schilleroper-Ini, St. Pauli selber machen, St. Pauli Solidarisch, Kathi Zeiger

FOTOGRAFIE
Frank Egel, Jérôme Gerull, Laura Guse, St. Pauli Archiv, Marily Stroux, Kathi Zeiger

ILLUSTRATIONEN
Laura Guse

TITELBILD
Jérôme Gerull | G20-Demo »Grenzenlose Solidarität« am 8. Juli 2017

AUFLAGE
5.000

DRUCK
NettPrint
Sternstraße 68
20357 Hamburg
www.aps-hamburg.de

SPENDENKONTO
Pastor Torsten Morche
Kto: 15358989
BLZ: 12030000
Deutsche Kredit Bank
IBAN: DE50 1203 0000 0015 3589 89
BIC: BYLADEM1001
(Verwendungszweck: „Stadtteilzeitung“)

WIR DANKEN
Projektgruppe HCU Hamburg, Silly Walks Discotheque, steg Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH, St. Pauli Kurverwaltung, St. Pauli Roar Soli-Espresso

RITIK, LOB, WÜNSCHE & ANREGUNGEN
PER E-MAIL AN:
Stadtteilzeitung@st-pauli-selber-machen.de

ODER PER POST AN:
St. Pauli selber machen
c/o GWA St. Pauli
Hein-Köllisch-Platz 11/12
20359 Hamburg
Stichwort: Stadtteilzeitung

Facebook
WWW.FACEBOOK.COM/ST.PAULI.STADTTEILZEITUNG

Twitter
@STPSELBERMACHEN | #STADTTEILZEITUNG

AUSSERORDENTLICHE STADTTEILVERSAMMLUNG

20. Juli '17

"G20 VORBEI - DOCH NIX IST GUT..."

UNSERE
GELEBTE
UTOPIE
MUSS WEITER
LEBEN!

DANKE!
GROSSARTIGE
SELBST-
ERMÄCHTIGUNG
+ ENERGIE

WARUM
REDEN WIR
NOCH IMMER
ÜBER
RANDALE
+ GEWALT?

STATT
ÜBER UNSRE
ERFOLGE +
DIE GROSSEN
THEMEN
?

ICH WÜNSCHE
MIR DIE
SOLIDARISCHE
NACHBARSCHAFT
AUS DEN GIPFEL-
TAGEN
ZURÜCK!

INHALTE
ZUM GIPFEL
+ PROTESTEN:
FCMC.TV
SUPER
JOB!

ICH KRIEG
DAS
BEIM JUBEL
FÜR DIE
POLIZEI!

DIE
KREATIV-NÄCHTE
WAREN WICHTIG
UM DAS STAATL.
GEWALT-
MONODOL
ZU
BRECHEN

ARRIVATI
PARK GEHT
WEITER -
URBAN
CITIZENSHIP
FÜR HH!

WARUM
LÜGT
SCHOLZ
IMMER
NOCH?

WIR MÜSSEN
RAUS AUS DER
BLASE!
MÜSSEN REDEN
MIT NACHBAR*
INNEN,
KOLLEGINNEN...

WENN DIE
FLORA DICHT
GEMACHT WIRD
STEH ICH
ABER MIT
DAVOR!

BRENNENDE
BARRIKADEN!?
ABER BITTE
NICHT IN DER
NÄHE VON
WOHNHÄUSERN

DIE
ESKALATION
HATTE
KALKÜL!
LEUTE!

NICHT
ENTSOLIDARISIEREN
SONDERN
ZUSAMMEN-
RÜCKEN!

WIR BRAUCHEN
EINEN AUSSER-
PARLAMENTAR.
UNTER-
SUCHUNGS-
AUSSCHU

ANGST
+ OHNMACHT
SICH ALS
POLIT. SUBJEKT
ZU ÄUSSERN
ST. PAULI

RECHTSBRÜCHE
UND POLIZEI GEWALT
MÜSSEN AUFGEDECKT
UND DOKUMENTIERT
WERDEN!
ABER DALLI!

- WIR WOLLTEN KEINEN G20 - UND JETZT WISSEN WIR NOCH BESSER, WARUM!
- WIR LASSEN UNS NICHT DIKTIEREN WAS PASSIERT IST. WIR WERDEN UNS WEITER AUSTAUSCHEN UND MITTEILEN!
- ROTE FLORA UND ALLE ANDEREN LINKEN ZENTREN BLEIBEN!

WENIGER
GEGEN,
MEHR
FÜR!